

BAND 3

Banlieue Europa

Jugendunruhen – Stadt – Migration

Dokumentation einer Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung und dem British Council Germany

Sabine Drewes Was erzählen Jugendunruhen über Integrationspolitik? **Engelbert Lütke Daldrup** Integration vor Ort – Was kann die Stadtentwicklungspolitik leisten? **Cem Özdemir** Auf Bildung kommt es an – und auf Vorbilder **Egalité sans Fraternité? Integrationspolitik in Frankreich.** Podiumsdiskussion mit **Bernard Bensoussan, Mohamed Mechmache, Samira Guerrouj, Francois Pupponi,**

Oliver Frey «Community Cohesion» oder ethnische Segregation? *Erfahrungen und Perspektiven multikultureller Politik in Großbritannien.* Podiumsdiskussion mit **Hugh Williamson, Ted Cantle, Mike Waite, Zhora Khaku** *Karneval oder Kampf der Kulturen? Wohin steuert Deutschland?* Podiumsdiskussion mit **Hartmut Häußermann, Burak Copur, Carsten Keller, Uwe-Jens Waitner, Filiz Genc**



BANLIEUE EUROPA

Banlieue Europa
Jugendunruhen – Stadt – Migration
Band 3 der Reihe Demokratie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
© Heinrich-Böll-Stiftung
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt
Umschlag: blotto Design, Berlin
Druck: agit-druck

Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen: Dagmar Höner

ISBN 978-3-927760-73-8

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

T +49 30 285340 **F** +49 30 28534109 **E** info@boell.de, www.boell.de

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 3

Banlieue Europa

Jugendunruhen – Stadt – Migration

INHALT

- 7 Vorwort von **Ralf Fücks**
- 9 Geleitwort von **Michael Bird**
- 10 Geleitwort von **Hartmut Häußermann**
- 15 **Sabine Drewes**
Was erzählen Jugendunruhen über Integrationspolitik?
- 20 **Engelbert Lütke Daldrup**
Integration vor Ort – Was kann die Stadtentwicklungspolitik leisten?
- 25 **Cem Özdemir**
Auf Bildung kommt es an – und auf Vorbilder
- 28 **Diskussion**
- 30 Egalité sans Fraternité? Integrationspolitik in Frankreich
**Podiumsdiskussion mit Bernard Bensoussan, Mohamed Mechmache,
Samira Guerrouj, Francois Pupponi, Oliver Frey**
- 40 «Community Cohesion» oder ethnische Segregation?
Erfahrungen und Perspektiven multikultureller Politik in Großbritannien
Podiumsdiskussion mit Hugh Williamson, Ted Cattle, Mike Waite, Zhora Khaku
- 50 Karneval oder Kampf der Kulturen? Wohin steuert Deutschland?
**Podiumsdiskussion mit Hartmut Häußermann, Burak Copur, Carsten Keller,
Uwe-Jens Walther, Filiz Genc**
- 56 Die Referentinnen und Referenten
- 59 Kontaktadressen

VORWORT

Als die Heinrich-Böll-Stiftung am 26./27. Januar 2007 zusammen mit dem Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung und dem British Council Germany die Konferenz «Banlieue Europa. Jugendunruhen – Stadt – Migration» in der Humboldt-Universität zu Berlin veranstaltete, war gerade die Diskussion verklungen, ob in Deutschland ein «Aufstand der Migranten» bevorstehe. Im Berliner Stadtteil Kreuzberg war es im November 2006 zu einem Handgemenge zwischen der Polizei und mehrheitlich türkischen Jugendlichen gekommen, in das sich im Verlauf auch Erwachsene einmischten. Die Polizei hatte einige Zwölfjährige unverhältnismäßig hart festgehalten und stieß auf eine überraschend heftige Reaktion der Bewohner des Kiezes. Zwar brannten anders als zuvor in französischen Vorstädten keine Autos, aber es roch durchaus nach Randalen. Und ein Teil der Presse kam schnell zur Einschätzung, dass das Ereignis als Vorbote von «französischen Verhältnissen in Deutschland» zu lesen sei. Der gewaltsame Aufruhr von jungen Migranten schien den Nerv der Öffentlichkeit zu treffen, weil er sowohl das Zusammenleben vor Ort betraf, als auch den symbolischen Zusammenhalt der Nation in Frage zu stellen schien. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass es auch künftig emotionale Debatten geben wird, sollte es erneut zu militanten Aktionen jugendlicher Migranten kommen.

Es ist durchaus eine paradoxe Situation, dass es in Frankreich und in England immer wieder zum Aufruhr von Migranten kommt, während es in Deutschland zumindest an der Oberfläche relativ ruhig bleibt. Die Jugendlichen, die in den französischen Banlieues randalieren, sind Franzosen; die türkischen oder arabischen Migranten in Kreuzberg oder im Wedding sind dagegen ihrem Status nach zum größeren Teil «Ausländer». Man könnte also vermuten, dass das Konfliktpotenzial in Deutschland, das sich nur sehr zögerlich und widerstrebend als Einwanderungsland versteht, größer ist als in den Nachbarländern. Das Gegenteil ist bisher der Fall. Es liegt dabei nahe, die Jugendkrawalle als Zeichen des Scheiterns von Integrationspolitik zu lesen. Aber auch andere Lesarten sind möglich.

Frankreich hat ein republikanisches Verständnis von Staatsbürgerschaft. Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien werden ohne große rechtliche Hürden zu Französinnen und Franzosen. Im Gegensatz dazu hängt die Einbürgerung von Migranten in Deutschland immer noch hinterher. Dass auch Deutschland ein Einwanderungsland ist, das ist nicht mehr zu leugnen. Aber der Übergang zur multiethnischen Republik ist weder mental noch institutionell – etwa im Bildungswesen – wirklich vollzogen. Woran liegt es, dass dennoch das Konfliktpotenzial hierzulande geringer zu sein scheint als in Frankreich? Ist die Frage der Staatsbürgerschaft weniger wichtig als der Zugang zum Arbeitsmarkt und die stadträumliche Integration von Migranten? Denn damit scheint es zum Beispiel in Berlin besser bestellt als etwa in Paris. Die städtebauliche und soziale Segregation scheint hierzulande weniger verfestigt als in Frankreich. Erklärt das die relative Ruhe in den deutschen Städten? Oder sind die Unruhen in Frankreich gerade ein Zeichen des politischen Selbstbewusstseins junger

Immigranten, die damit ausdrücken, dass sie gleiche Rechte und Lebenschancen als Franzosen einfordern, also Ansprüche gegenüber Staat und Gesellschaft geltend machen, die ihre türkischen Altersgenossen in Deutschland erst gar nicht artikulieren?

Auch Großbritannien scheint bei der Gleichstellung von Immigranten weit fortgeschritten zu sein, verfügt es nicht nur über ein relativ liberales Staatsbürgerrecht, sondern auch über eine explizite Anti-Diskriminierungspolitik in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Kulturelle Verschiedenheit wird im Bildungswesen und im öffentlichen Dienst weitgehend anerkannt und positiv besetzt. Seit den «Riots» von Bradford, Burnley und Oldham lautet die Diagnose vieler Publizisten und Politiker jedoch, dass es zu viel Verschiedenheit und zu wenig Gemeinsamkeit gäbe. Die britische Gesellschaft sei zu weit auseinandergedriftet. Sind die «Riots» also Ausdruck von zu viel oder von zu wenig Toleranz gegenüber kultureller Verschiedenheit?

Wie wirken soziale Ausgrenzung, das Agieren der Polizei und ethnisch geprägte Jugendkulturen zusammen? Welche Rolle spielen Städtebau und Stadtstruktur für Integration oder Segregation von ethnischen Minderheiten? Und welche Konsequenzen haben die jeweiligen Städte und Regierungen aus den Unruhen gezogen? Können wir daraus gegenseitig lernen, gibt es auch Beispiele dafür, was man besser nicht machen sollte? So lauteten die Schlüsselfragen der Konferenz «Banlieue Europa». Die Beiträge der Tagung, die diese Schrift dokumentiert, geben Einsichten und Anstöße aus dem Vergleich der Situation von jugendlichen Migranten in Frankreich, Großbritannien und Deutschland vor dem Hintergrund ihrer sozialen und städtebaulichen Situation. Dabei wird die spezifische Integrationspolitik der drei Länder in den Vergleich einbezogen.

Die Antworten darauf sind nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern politisch brisant. Es geht um Konfliktprävention, und es geht um die Zukunft unserer Städte. Werden sie künftig zu ethno-sozialen Kampfzonen, in denen das eingewanderte Subproletariat von bewaffneter Polizei in Schach gehalten wird, während sich die weißen Oberschichten in «gated communities» verschanzen? Oder gelingt es, die ethnische und kulturelle Vielfalt der europäischen Städte produktiv zu wenden und die Immigranten zu Stadtbürgern zu machen?

Die Konferenz hat gezeigt, wie gewinnbringend ein europäischer Austausch über kommunale Integrationspolitik ist. In den Städten treten nicht nur die Konflikte im Zusammenleben verschiedener ethnischer, kultureller und sozialer Milieus am stärksten zutage; dort werden auch die meisten integrationspolitischen Innovationen erfunden. Zugleich spiegelt sich in den kommunalen Strategien immer auch die jeweilige nationale Integrationsphilosophie. Der Austausch über diese Konzepte und Erfahrungen ist Teil eines notwendigen europäischen Lernprozesses.

Berlin, im November 2007

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

GELEITWORT

Als wir im British Council von den Planungen für diese Konferenz erfahren haben, haben wir sofort den Entschluss gefasst, uns daran zu beteiligen. Hintergrund dieses Entschlusses war, dass das sehr stark auf die Lebenssituation der jungen Europäer bezogene Thema und der internationale Ansatz der Veranstaltung geradezu vorbildlich dem Motto der Arbeit des British Council in Europa entsprechen: durch die Schaffung von Netzwerken und Partnerschaften gemeinsam das Europa der nächsten Generation bauen.

Ein Schwerpunkt dieser Arbeit ist der Themenkomplex «Open Europe». «Open Europe» ist ein strategisches Konzept unserer Organisation, das unter anderem die Aspekte Bürgergesellschaft, interkultureller Dialog, Migration und kulturelle Vielfalt umfasst. Diese einzelnen Aspekte fügen sich zusammen zu der Vision eines Europas, das offen für die Welt außerhalb seiner Grenzen ist; offen nicht nur für Waren, sondern auch für Ideen und für Menschen.

Der British Council hat sich dieser Vision verschrieben, sieht aber auch, dass ihre Verwirklichung mit großen Herausforderungen verbunden ist, die die Länder Europas nur gemeinsam, durch intensive Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch bewältigen können.

Eine dieser großen Herausforderungen ist die beträchtliche Frustration vieler Jugendlicher angesichts mangelnder persönlicher Perspektiven. Diese Frustration, die grundsätzlich in vielen europäischen Ländern vorhanden ist, hat sich in der jüngeren Vergangenheit mancherorts auf dramatische Weise in Form von Gewalt manifestiert. So auch in Großbritannien, wo es im Jahr 2001 in mehreren nordenglischen Städten zu gewaltsamen Ausschreitungen kam, bei denen sich große Gruppen von Jugendlichen tagelang heftige Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften lieferten.

Seitdem haben sich zahlreiche Fachleute mit dieser Problematik auseinandergesetzt, und wir hatten im Rahmen dieser Konferenz die Gelegenheit, von anerkannten britischen Experten zu hören: Ted Cante, Leiter des «Community Cohesion Review Team»; Mike Waite, zuständig für «Community Engagement and Cohesion» in Burnley; und Zohra Khaku vom Kuratorium der «Muslim Youth Helpline».

Durch den Austausch von Erfahrungen mit den vorgenannten Ereignissen hofft der British Council, zu einem besseren Verständnis dieser Prozesse und zu der Entwicklung von Lösungsstrategien beitragen zu können. Wir danken der Heinrich-Böll-Stiftung und der Humboldt-Universität zu Berlin herzlich dafür, uns im Rahmen der Konferenz «Banlieue Europa?» eine sehr willkommene Gelegenheit dazu gegeben zu haben.

Michael Bird
Director Germany
British Council

Verwaltete Marginalität

Wieder mal brennt's draußen – in den Pariser Vorstädten. Die Stadt Paris hat ihre sozialen Probleme exportiert und am Rande der Stadt abgeladen. In den Hochhausgebirgen mit ihrer zynischen Architektur wohnen Arbeits- und Hoffnungslosigkeit, stauen sich Hass und Aggression. Von Zeit zu Zeit entlädt sich dieser Stau explosiv, der Anlass ist nebensächlich. Die soziale Exklusion, die hier fast alle erleben, bewirkt eine Wut, die keine klare politische Richtung kennt. Während die Älteren apathisch reagieren, rebellieren die Jungen. Sie machen kaputt, was sie kaputt macht – und das ist in ihrem Horizont alles, was funktioniert, und das sind alle, denen es einigermaßen gut geht.

Soziale Deklassierung, ethnisch-kulturelle Diskriminierung, politische Marginalisierung und räumliche Isolation verbinden sich zu einer Situation, die ein Leben ganz am Rand der Gesellschaft markiert. In Frankreich ist das soziale Draußen auch mit dem räumlichen Draußen verbunden, eine Konstellation, die in Deutschland nicht die Regel ist. Bei uns sind die Großsiedlungen an den Stadträndern keineswegs immer Orte der sozialen Exklusion – aber sie sind es immer öfter, und ihre Perspektiven sind bedrohlich.

Ebenso wie die französischen Großsiedlungen sind die deutschen ein Produkt des technokratischen Sozialstaates: unter staatlicher Regie entstanden in den sechziger und siebziger Jahren – in Ost und West – als Wohnmaschinen für ein vorgefertigtes Leben. In Frankreich konnte man 1968 dort das Graffiti «Metro, boulot, dodo» lesen: Pendeln, Malochen, Pennen. Darin erschöpft sich das Leben. In den Augen der Stadtplaner war dies das «moderne» Leben. Heiner Müller hat die Wohnungen in den ostdeutschen Plattenbauwohnungen trocken mit der Formel charakterisiert: «Fickzellen mit Fernheizung».

Der öffentlich geförderte Wohnungsbau zielte in Frankreich wie in Deutschland auf die Aufsteiger aus dem Proletariat. Den kleinen Angestellten und den qualifizierten Arbeitern sollten Wohnmöglichkeiten geboten werden, die den Anschluss an die modernen Konsumstandards ermöglichten. Raus aus den verfallenden Altbauvierteln! Sozialstation und Supermarkt inklusive. Doch mit steigenden Einkommen verließ das einheimische Kleinbürgertum die hoch verdichteten Siedlungen und wanderte weiter in monotone Einfamilienhausgebiete. In den ungeliebten Hochhäusern am Stadtrand war nun Platz für die Zuwanderer, die die einheimischen Arbeiter auch an den Fließbändern der Fabriken ersetzten.

In Deutschland wurden Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus durch die Regelungen zur Wohnberechtigung und durch die städtische Belegungspolitik zu «Problemsiedlungen». Wessen Einkommen eine bestimmte Grenze überschritt, musste eine «Fehlbelegungsabgabe» zahlen, wodurch die Miethöhe sich dem freien

Wohnungsmarkt annäherte und diejenigen zum Auszug motivierte, denen das soziale Niveau ihrer Nachbarn missfiel. Lag die Einkommensgrenze sehr niedrig, waren nur einkommensschwache Haushalte bezugsberechtigt, die aber die relativ hohen Sozialmieten nicht zahlen konnten oder wollten. Daher wurden leere Wohnungen vom Sozialamt belegt, mit armen Familien und mit Zuwanderern. Durch solche Umzugsketten veränderte sich das Klima im Haus, die Bewohnerschaft wurde sozial homogener, aber ethnisch heterogener. Konflikte nahmen zu. Wer die Möglichkeit hatte, zog woanders hin. Zurück blieben die Verlierer des ökonomischen und sozialen Wandels, die in eine unfreiwillige Nachbarschaft mit Fremden gezwungen wurden.

Was als symbolischer Ort für den sozialen Aufstieg, als wohnungspolitisches Instrument für die gesellschaftliche Integration geplant war, wurde nun zum Ort von Desintegration, Diskriminierung und Ausgrenzung. Siedlungen, die für Vollzeit-Erwerbstätige gebaut worden waren und wegen ihrer strikten Funktionalität auch Schlafstädte genannt wurden, bildeten nun die Kulisse für Bewohner, die häufig keinen Anlass mehr hatten, tagsüber die Siedlung zu verlassen – insbesondere für Jugendliche eine trostlose Situation.

Wenn sich heute soziale Problemfälle in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus konzentrieren, dann ist das auch das Ergebnis politischer Entscheidungen. Im Jahre 1980 gab es in der Bundesrepublik etwa 4 Millionen Sozialwohnungen und eine Million Arbeitslose, im Jahre 2005 gibt es nur noch eine Million Sozialwohnungen, aber mehr als 4 Millionen Arbeitslose – und davon sind 1,8 Millionen Dauerarbeitslose, die nie wieder auf ein Erwerbseinkommen hoffen können, das es ihnen erlaubt, eine Marktmiete für eine anständige Wohnung zu zahlen. Diese Zahlen sollen nur einen Eindruck von der Verschiebung der Relationen geben, die relevant werden, wenn die Hartz-IV-Empfänger tatsächlich aus ihren angeblichen Komfort-Wohnungen gewiesen werden.

Die Arbeitslosenzahl ist in den letzten beiden Jahren zwar etwas gesunken, noch stärker aber die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen. Die Bundesregierung hat seit den achtziger Jahren die Förderung des Neubaus von Sozialwohnungen nach und nach auslaufen lassen; die Bestände werden rasch geringer, weil die Sozialbindungen mit der Rückzahlung der Kredite auslaufen. Das heißt, dass die Zahl der Wohnungen, auf die die Behörden einen Zugriff haben, um Haushalte in Not unterzubringen, dramatisch schrumpft – und der geschrumpfte Bestand konzentriert sich auf den Teil des sozialen Wohnungsbaus, der sich überwiegend in den Stadtrandsiedlungen befindet. In diesen Restbeständen werden sich die Überflüssigen und Chancenlosen sammeln.

Bisher sind die Problemlagen in den deutschen Großsiedlungen im Vergleich zu den Banlieues in Frankreich aus verschiedenen Gründen weniger dramatisch: Die Siedlungen sind im allgemeinen kleiner, ihre Lage ist räumlich nicht so isoliert, und die Segregation ist in vielen Fällen nicht so extrem wie in den französischen Vororten, in denen jetzt (wieder) die Autos brennen. Auch sind sie politisch nicht so abgehängt wie die einst «roten» Vororte in Frankreich.

Die Stadtpolitik in Frankreich war gegenüber den hoch konzentrierten Problemsiedlungen lange Zeit hilflos und unentschlossen. Schließlich setzte man auf Dekonzentration, indem per Gesetz alle Gemeinden im Land dazu verpflichtet wurden, Sozialwohnungen zu bauen. Mindestens 20 Prozent ihres Wohnungsbestandes muss aus Sozialwohnungen bestehen, sonst muss eine Gemeinde Strafe zahlen. Zur

gleichen Zeit hat die Bundesregierung in Deutschland den sozialen Wohnungsbau für überflüssig erklärt.

In Frankreich wird in der räumlichen Segregation der sozial Marginalisierten eine der wichtigsten Ursachen für die immer wieder aufflammenden gewalttätigen Aktionen gesehen. Die räumliche Isolation, die Bildung einer Subkultur von Verlierern und die Radikalisierung der Jugendlichen – das gilt als Charakteristikum der Banlieues. Die Auflösung dieser Strukturen bzw. die Erzeugung einer sozialen Mischung der Bewohner gilt daher auch als eine nationale Aufgabe. Dass dabei nicht die kompromisslose Härte, wie sie der damalige französische Innenminister Sarkozy noch propagiert hatte, am ehesten Erfolg versprechend ist, sondern eine integrierte Offensive aus baulichen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie sozialen Vor-Ort-Projekten, das scheint nun auch der französische Präsident Sarkozy verstanden zu haben. Wie rasch und wie nachhaltig allerdings die Verwahrlosung und Vernachlässigung der Gebäudesubstanz behoben werden kann, in welchem Zeitraum und mit welchem Ergebnis die zynischen Hochhausburgen der französischen Architektur-Avantgarde umgebaut werden können, wie die Qualität der Infrastruktureinrichtungen in einem überschaubaren Zeitraum deutlich gesteigert werden kann, und ob dies alles ohne eine Offensive gegen den Rassismus Aussicht auf eine nachhaltige Verbesserung der Situation hat – das kann wohl auch zwei Jahre nach dem großen Erschrecken noch niemand sagen. Die spontanen, chaotischen und teilweise anarchistischen Aktionsformen sind zudem inzwischen mehr und mehr von einer breiteren Organisation von politisch engagierten Jugendlichen begleitet, so dass auch der französische Staat nicht an einer Demokratisierung seiner Quartierspolitik vorbeikommen dürfte.

Wohnsiedlungen mit großen sozialen Problemen erkennt man heute in Deutschland nur selten an äußeren Zeichen der Verwahrlosung. Aus ihnen hat sich der Sozialstaat bisher nicht zurückgezogen, im Gegenteil: die Vielzahl von Schildern, die auf soziale oder kulturelle Projekte für die Bewohner hinweisen, sind in Deutschland die sichtbaren Indikatoren für eine hohe Problemkonzentration. Die Armut wohnt bei uns meistens sauber und ordentlich, die Fassade steht noch. Kommunale Wohnungsgesellschaften kümmern sich, sie bemühen sich mehr um die Bewohner, seit das Gespenst der Leerstände umgeht. Immer wieder gibt es neue Programme der EU, der Bundesregierung und der Bundesländer. Da wird modernisiert, repariert, verschönert und umgebaut. Die Kommunalpolitik hat die Großsiedlungen nicht aufgegeben oder abgehängt, das kann man ihr nicht vorwerfen – aber sie steht vor einem grundsätzlichen Problem, das auch nicht durch die jetzt in Fahrt kommenden Stadtumbauprogramme gelöst werden kann.

Dieses Problem ist ihre funktionale Bestimmung. Sie sind Wohnorte, ausgestattet mit Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie Einkaufsmöglichkeiten. Dafür, dass die Wohnsiedlung funktioniert, sorgt die professionelle Stadt- und Bezirksverwaltung. Doch die Probleme der Bewohner liegen woanders. Sie bräuchten Arbeit, und sie bräuchten eine Infrastruktur, die ihnen Anregungen und Möglichkeiten für einen kleinen Job oder für gemeinschaftliche Aktivitäten bietet. Sie bräuchten eine Entwicklungsperspektive. Aber die Siedlung ist fertig, und mit jeder Nachbesserung wird sie fertiger. Manche stehen wegen ihres historischen Werts bereits unter Denkmalschutz.

Die Stadtpolitik hat ihre Schuldigkeit getan, wenn die Investitionsmittel planmäßig verbaut sind. Dafür, dass danach die Bewohner immer noch unter

Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit leiden, dass die Migrantenkinder immer noch nicht gut Deutsch sprechen und die Mädchen nur unter Aufsicht die Wohnung verlassen dürfen und dass sich die Jugendlichen in Banden organisieren, damit überhaupt etwas los ist am ereignisarmen Stadtrand, dafür kann ja die Stadtplanung nichts. Sie verwaltet die Gebiete ordentlich, aber sie kann keine Perspektive bieten: die Bewohner leben in einer verwalteten Marginalität.

Die Stadtpolitik konzentriert sich auf die Teile der Stadt, die ein Potenzial haben. Das sind Standorte, die Investitionen anziehen, wo sich also privates Kapital mit öffentlichen Mitteln zu einer Wachstumsperspektive verbinden kann. Das knappe öffentliche Geld muss produktiv investiert werden, nicht konsumtiv. Investitionen in Köpfe, wie sie in den Großsiedlungen notwendig wären, sind konsumtive Ausgaben und daher nachrangig. Die Stadtpolitik wendet sich heute bevorzugt den «areas of opportunity» zu, nicht mehr den «areas in need» – das ist Sozialkitsch von gestern und wachstumsfeindliche Umverteilungspolitik.

Wie die Bewohner auf eine solche Politik reagieren, kann man an der Wahlbeteiligung und manchmal auch am Wahlergebnis ablesen. Die Wahlbeteiligung liegt selten über 30 Prozent, und da in der Regel nur wenig mehr als die Hälfte der erwachsenen Bewohner wahlberechtigt sind, stützt sich die politische Repräsentation nur auf etwa 15 Prozent der erwachsenen Bewohner. Das ist wohl eher als Wahlenthaltung zu bezeichnen, und das Misstrauen in die Kommunalpolitik ist, wie wir aus Befragungen wissen, tatsächlich sehr groß. Bei den Migranten und ihren Kindern ist der Abstand zum politischen System noch größer.

Worauf also soll sich die Integration stützen, die allein dafür sorgen kann, dass bei uns auch in Zukunft keine Rathäuser und Schulen brennen? Wenn sich die Wege in das Bildungssystem und damit in den Arbeitsmarkt nicht auch für die Migrantenkinder öffnen, und wenn unser politisches System keinen Kontakt zu den Rändern der Städte findet – dann entstehen solche Pulverfässer, die durch einen kleinen Funken zur Explosion kommen können. Sprachkenntnisse sind sicher eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Schulkarriere, sie lösen aber das Problem nicht allein. Das zeigt die Marginalisierung der französischen Minderheiten. Erst dann, wenn sich die aufnehmende Gesellschaft auf allen Ebenen und mit allen Institutionen für die Migranten öffnet, deren Potenziale anerkennt und fördert, erst dann werden die ethnischen Viertel nicht mehr die Viertel der Verlierer und der Geächteten sein, sondern dynamische und bereichernde Bestandteile einer international werdenden Gesellschaft. So lange es Diskussionen darüber gibt, welche Regeln wir den Migranten für die Integration setzen können oder sollen, so lange wird die Gefahr bestehen bleiben, dass sich eine ethnisch codierte Unterschicht bildet, die räumlich konzentriert wohnt und eine ständige Beunruhigung auf die übrige Stadtgesellschaft ausübt.

Hartmut Häußermann
Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung
Humboldt-Universität zu Berlin

Was erzählen Jugendunruhen über Integrationspolitik?

Eine Einführung

Am 26. und 27. Januar 2007 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung und dem British Council die Konferenz «Banlieue Europa. Jugendunruhen – Stadt – Migration.» Etwas früher hatten sich die «Émeutes» in den Pariser Vorstädten 2005 geäußert. Nun ist das Thema wieder brandaktuell. 2005 waren zwei Jugendliche nach einer Verfolgungsjagd mit der Polizei in einer Umspannstation verbrannt, dieses Mal sind zwei Jugendliche wieder während einer Verfolgungsjagd mit der Polizei bei einem Motorradunfall ums Leben gekommen. Beide Vorfälle haben tagelange Unruhen mit brennenden Autos und Angriffen auf staatliche Institutionen (wie eine Bibliothek in Toulouse) ausgelöst.

Die Veranstalter wurden schon zum Zeitpunkt der Konferenz von «Déjà-vu»-Gefühlen heimgesucht und haben sie jetzt wieder. Speziell in Frankreich scheinen derartige Vorfälle immer wieder auf die Tagesordnung zu kommen. Die Zustände in den Banlieues haben sich nicht verbessert, die politische Landschaft ebenso wenig, trotz eines angekündigten Marshallplans. Der französische Staatspräsident ist nun, wenn auch mit staatsmännischer Geste, derselbe, der als Innenminister während der Émeutes 2005 noch Öl ins Feuer gegossen hatte. Eine Mehrheit der Franzosen, d.h. eine Mehrheit derer, die sich an der Wahl beteiligt hat, hat entschieden, sich von einem Polarisierer repräsentieren zu lassen. Aber auch andere Einwanderungsländer in Europa, klassische und nachholende, sind vor zukünftigen Ausschreitungen mit ethnisch-sozialem Hintergrund nicht gefeit.

Wir haben das Phänomen «Jugendunruhen», Revolte, Ausschreitungen, oder wie man es bezeichnen will, als Anlass genommen, um die integrationspolitischen und auch stadtpolitischen Realitäten westeuropäischer Einwanderungsländer zu vergleichen und ein gemeinsames Lernen von Aktiven in diesen Politikbereichen zu ermöglichen. Diese beiden Aspekte sind durchaus erklärungsbedürftig: Wieso Jugendrevolten als Aufhänger, und warum wollten wir vergleichen, speziell Frankreich, Großbritannien und Deutschland?

Unruhen = Ausnahmezustand der Integration?

Die Auseinandersetzung über die Semantik verweist auf den moralisch-politischen Gehalt der Begriffe. Ausschreitungen und Unruhen bedeuten, dass Straftaten begangen werden, häufig Gewalttaten, meist gegen Sachen, aber auch Gewalt gegen Menschen ist nicht ausgeschlossen. Der Ausdruck «Revolte» hingegen betont, darauf wiesen bei dem Kongress die Vertreter(innen) von AC LE FEU hin, den kollektiven, politischen Charakter der Émeutes. Es sei diskriminierten Jugendlichen darum

gegangen, die Institutionen eines ignoranten, hartleibigen Staates zu schädigen. Damit unterschieden sich die Vorfälle durchaus von der alltäglichen Gewalt, die ebenfalls Realität der Vorstädte bzw. sog. Problemviertel ist, die Gewalt aus Hass und Verachtung gegen Andere. Diese anderen sind häufig, weil sie zufällig zugegen sind und die Täter die engen Grenzen des Sozialraums selten verlassen, die Nachbarn, die schwächeren Nachbarn. Den Aufstand zu proben aber erfordert einen wie auch immer entwickelten politischen Diskurs, der in den Banlieues durchaus stattgefunden hat und stattfindet und der ein spontanes Einvernehmen ermöglicht. Allein die Aufstände aber, die Ausschreitungen, die Revolte erheischen mediale Aufmerksamkeit. Wenn Reifen brennen, kommen Journalisten und Kameras, dann erfahren wir etwas von unseren französischen Nachbarn in den Ghettos um Paris. Unruhen gelten als der Ausnahmezustand der Integration, die Aufkündigung des sozialen Friedens und des nationalen Konsenses. Sie werden wie kaum etwas sonst gelesen als Indikatoren des Scheiterns von Integrations-, Sozial- und Stadtpolitik und sind fast immer der Anlass zu neuen Krisenstäben, «task forces» und Sofortprogrammen. Sie werden außerdem sofort zu der Bedrohungsfolie, die über hiesige kleinere oder größere Konflikte zwischen ethnischen und sozialen Minderheiten gelegt wird: Drohen uns Zustände wie in Frankreich? Schon allein deswegen müssen politische Bildungsinstitutionen sich damit beschäftigen. Um Gewalt bekämpfen zu können, muss man sie verstehen. Schließlich gibt es noch eine andere Lesart: An Straßen-Aufständen sind fast ausschließlich männliche Jugendliche beteiligt, die mit einer ebenfalls männlich dominierten, aggressiven Polizei konfrontiert sind. Welchen Anteil Testosteron an der Revolte hat, war auch auf unserer Tagung Thema, speziell im Vortrag von Cem Özdemir.

Zunächst scheint es tatsächlich paradox, dass es ausgerechnet in dem Land, das sich erst kürzlich damit abgefunden hat, tatsächlich ein Einwanderungsland zu sein, nämlich Deutschland, zur Zeit die geringsten Probleme mit sozialen Unruhen gibt. Wenn die Revolten in erster Linie Ausdruck des Scheiterns von Integrationspolitik sein sollen, hieße das, dass die Integrationspolitik in Deutschland noch am wenigsten gescheitert ist. Das große Damoklesschwert, das über dieser Beschreibung hängt, ist das kleine Wort «noch». Die Gäste aus Frankreich machten deutlich, dass eine Ursache der Émeutes sicher das uneingelöste Gleichheits- und Gerechtigkeitsversprechen der französischen Nation ist. Das französische Nationalverständnis präsentiert sich als große, traditionsreiche Erzählung mit griffigem Slogan, der sogar in der Selbstbeschreibung der Kritiker noch nachhallt (AC LE FEU steht für Association du Collectif Liberté, Egalité, Fraternité, Ensemble et Unis). Die Einwanderer aus den Kolonien sind selbstverständlich Staatsbürger und haben einen Anspruch auf Gleichbehandlung. Umso härter trifft sie das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit: dass sie trotzdem diskriminiert werden, dass die Hälfte der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus den Banlieues weder Ausbildungsplatz noch Arbeit findet, dass sie auf unattraktive Betonwüsten zurückgeworfen sind, die dem Ausdruck von der Unwirtlichkeit der Städte alle Ehre machen. In Frankreich gibt es noch nicht einmal eine angemessene Sozialberichterstattung, die diese Zusammenhänge benennen würde. Die Franzosen auf der Tagung «Banlieue Europa» unterstrichen: Wenn man Ungleiches formal gleich behandelt, ohne die realen Ungleichheiten wahrzunehmen, kommt dabei Ungerechtigkeit heraus, die umso stärker empfunden wird, als Gleichstellung versprochen wurde. Einer der Teilnehmer des Deutschland-

Panels, das der Frage «Wohin steuert Deutschland?» nachging, brachte es mit Bezug auf Deutschland ironisch auf den Punkt: Die Deutschen seien ehrlicher zu ihren Migranten, weil sie ihnen trotz erleichterter Einbürgerung zu verstehen gäben: «Ihr seid Ausländer.» Im Gegensatz dazu sind auch in Großbritannien Einwanderer, zumindest die aus den ehemaligen Kolonien, selbstverständlich Staatsbürger mit vollen Rechten. Somit löst sich ein Paradox vorläufig auf: Einer der Faktoren, der die soziale Revolte auslöst, ist ein uneingelöstes Gleichbehandlungs- bzw. Emanzipationsversprechen. Sie ist ein widersprüchlicher Ausdruck von staatsbürgerschaftlichem Selbstbewusstsein und in gewisser Weise auch von einem Gefühl der Zugehörigkeit. Und das wird auch in Deutschland – man muss sagen: Gott sei dank – unausweichlich stärker. Jedenfalls ist Deutschlands relative Ruhe keinesfalls allein auf die verglichen mit Frankreich etwas komfortablere soziale Lage von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zurückzuführen.

Lernen von Europa: Nation und Kommune

So gesehen scheint das Lernen aus dem europäischen Vergleich für den am meisten Sinn zu ergeben, der die meisten Fehler noch vor sich hat. Aber auch das ist, wie auf dem Kongress deutlich wurde, zu kurz gedacht.

Vergleicht man am Gegenstand der konkreten Realitäten die beiden klassischen Einwanderungsländer Frankreich und Großbritannien mit Deutschland, so entsteht zunächst das Bild eines Europas der verschiedenen integrationspolitischen Geschwindigkeiten. Das gilt sowohl auf der nationalen wie auf der kommunalen Ebene bzw. mit Blick auf das Zusammenspiel beider Ebenen.

In **Frankreich** ist die Situation jenseits des nationalen Gleichheits- und Integrationsversprechens durch eine materielle Ungleichheit gekennzeichnet: sowohl zwischen der Mehrheit der Einwanderer und ihrer Nachkommen auf der einen und der autochthonen Bevölkerung auf der anderen Seite als auch der zwischen den Kommunen, in denen diese Bevölkerungsgruppen mehrheitlich wohnen. Die Kommunen sind in Frankreich ohnehin mit wenig eigenen Gestaltungskompetenzen ausgestattet, und ein fehlender kommunaler Finanzausgleich beraubt die Städte und Gemeinden der Banlieues ihrer Interventionsmöglichkeiten im sozialen, städtebaulichen und kulturellen Bereich. Die «Politique de la Ville» kann da nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Diese Zustände lassen nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Politiker der Banlieues verzweifeln und führten zu einer krassen sozialen, physisch spürbaren Segregation, die man sonst im «alten» Europa nicht kennt. Daher rührt das Gefühl, im Stich gelassen zu sein, das der Bürgermeister von Sarcelles auf der Konferenz artikuliert: «Frankreich findet sich damit ab.» Die Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr scheinen ihm vorerst recht zu geben.

Großbritannien kann demgegenüber auf eine relativ lange Geschichte der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik zurückblicken. Das erste «Race Relations Act» wurde 1965 verabschiedet, eine späte Konsequenz aus den Notting Hill Riots der fünfziger Jahre, bei denen Weiße gewaltsam gegen schwarze Einwanderer vorgingen. Aus dem kritischen Gedenken an diese Vorfälle ist später der Notting Hill Carnival entstanden, das berühmte Vorbild für den inzwischen auch in Berlin sehr populären Karneval der Kulturen. In Großbritannien wurde bereits zu diesem Zeitpunkt die Diskriminierung ethnischer Minderheiten auf den Wohnungs- und

Arbeitsmärkten gesetzlich verboten. Was die britische Integrationspolitik aber hauptsächlich von der vieler anderer Länder unterschied, war, dass die Einhaltung der Anti-Diskriminierungsrichtlinien von einer unabhängigen Kommission überprüft wurde, der «Commission for Racial Equality» (CRE). Die CRE kann von Privatpersonen und Behörden Rechenschaft bzw. eine Berichterstattung über die Behandlung von ethnischen Minderheiten in verschiedenen Bereichen anfordern («ethnic monitoring») und bei erwiesener Diskriminierung auch Sanktionen verhängen. Nach dem neuesten «Race Relations Amendment Act» wurde die Beweislast umgekehrt: Die Verdächtigen müssen bei der CRE nachweisen, dass sie *nicht* diskriminieren. Dennoch gab und gibt es auch auf der Insel weiterhin Diskriminierung und auch weiterhin soziale Unruhen. Die Unruhe-Welle Anfang der achtziger Jahre in Toxteth, Liverpool sowie Brixton und Tottenham in London fiel zeitlich einerseits mit der ersten Amtszeit von Margret Thatcher zusammen und andererseits mit einer neuen kommunalen Gleichstellungspolitik vieler Labour-regierter Kommunen, der «Equal Opportunities». «Equal Opportunities» war die Antwort liberaler Weißer auf ein gewachsenes Selbstbewusstsein schwarzer Organisationen. Es bedeutete, dass ethnische, aber auch andere Minderheiten intensiv in der Personalentwicklung öffentlicher Institutionen berücksichtigt wurden, dass aber auch die ethnische Selbstorganisation wahrgenommen und teilweise finanziell unterstützt wurde.

Mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts und «New Labour» kam dann, und davon ist auch in dieser Dokumentation die Rede, das wiederum kommunalpolitisch, ja sogar quartiersbezogen ausgerichtete Programm «Community Cohesion». «Community Cohesion» ist eine explizite Reaktion auf neue Unruhen 2001 in den Städten Bradford, Oldham und Burnley im Norden Englands. Ted Cantele, der nach den Vorfällen eine Untersuchungskommission in Bradford geleitet und daraus den Ansatz entwickelt hat, erläuterte ihn auf der Konferenz «Banlieue Europa» sehr eindrucksvoll. «Community Cohesion» wirkt oberflächlich betrachtet etwas naiv, ein Programm, das auf Alltags-Begegnungen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Gruppen im Stadtteil oder über Quartiersgrenzen hinweg setzt. Cantele konnte vermitteln, dass es um das Zusammenspiel, das Ineinandergreifen der verschiedenen Politiken und Ansätze geht. Die Anti-Diskriminierungs-Gesetzgebung und die Gleichstellungspolitik schaffen die notwendigen, aber noch nicht hinlänglichen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben verschiedener ethno-sozialer Gruppen. Die Erfahrungen hätten gezeigt, so Cantele, dass die Menschen trotz einer wirkungsvollen Anti-Diskriminierungsgesetzgebung nicht notwendigerweise die Werte hinter den Gesetzen verinnerlichen. An gemeinsamen Werten müsste man daher auf der Ebene der Alltagskontakte über Gruppengrenzen hinweg arbeiten. Andersherum würde aber auch die Gemeinwesenarbeit allein nicht funktionieren, wenn man die klare gesetzliche Orientierung nicht hätte. Großbritannien hat damit zumindest «programmatisch» eine Synthese aus nationaler Gesetzgebung und Selbstverständnis sowie Anerkennung der Verschiedenheit und Akzeptanz ethnischer Selbstorganisation erreicht. Wie multikulturell das britische Selbstbild ist, zeigt sich schon daran, dass die Briten auf der Konferenz nicht mehr genau sagen konnten, was eigentlich britisch ist: «Tee und Shakespeare oder was?» Was britisch ist, ist Verhandlungssache, aber die Rechte sind es nicht, die sich daraus ableiten. Das bedeutet nicht, dass es in Großbritannien keine Unruhen mehr geben wird. Wohl aber, dass dieses Land aus seinen Jugendrevolten schon viel gelernt hat.

Schließlich **Deutschland**, der integrationspolitische Nachzügler. Über verpasste Chancen und die späte Anerkennung, dass Deutschland doch ein Einwanderungsland ist und Migranten endlich erleichtert, Staatsbürger zu werden, wird im Allgemeinen viel gesprochen. Deutschland erscheint in der Kombination nationaler und kommunaler Integrationspolitiken als spiegelbildliches Pendant zu Frankreich: im Gegensatz zu der Grande Nation kein großes Gleichheitsbekenntnis, wenig universalistische Staatsbürgeridentität, aber viel Bewegung gerade in der kommunalen Sozial- und Integrationspolitik. Das Programm «Soziale Stadt», das eine entscheidende kommunale, ja quartierscharfe Komponente hat, wurde gerade aufgestockt. Aufgeklärte Kommunen machen sich gegenseitig Konkurrenz, indem sie Integrationspolitik zur Chefsache erklären, «Diversity» in der Personalentwicklung implementieren und zielgruppenspezifische Programme für verschiedene Einwandergruppen formulieren. Das gilt zwar zunächst vornehmlich für Vorreiter, die begriffen haben, dass sie als Städte Einwanderung brauchen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Aber eine Verbreitung ist nicht ausgeschlossen – ebenso wenig wie eine entschlossener nationale Anti-Diskriminierungspolitik, zu der Deutschland durch die EU eigentlich auch verpflichtet ist. Frankreich dagegen erweckt zurzeit den Eindruck, dass es integrationspolitisch rückwärts geht, beispielsweise die Einbürgerung erschwert.

Es gibt also viel Stoff zum Austausch und gegenseitigen Lernen in diesen drei europäischen Ländern und darüber hinaus.

Integration vor Ort – Was kann die Stadtentwicklungspolitik leisten?

Das Thema «Jugendunruhen» stellt sich in Deutschland nicht in der Schärfe wie in Frankreich. Wenn man aber die Zeitung aufmerksam liest, kann man fast jeden Tag von Jugendgewalt in Berlin oder anderen deutschen Großstädten lesen. Wir hatten Anfang 2006 eine große Debatte über die Rütli-Schule in Neukölln. Das Beispiel zeigt, dass solche Themen auch bei uns sehr schnell große Aufmerksamkeit erlangen. Das Beispiel zeigt aber auch, wie diese Aufmerksamkeit produktiv gewendet werden kann, nämlich durch Verbesserung der konkreten Situation.

Spätestens seit den sechziger Jahren ist Deutschland ein Land, das Einwanderung kennt. Zunächst sprachen wir von Gastarbeitern, mittlerweile leben hier aber rund 6,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger ohne einen deutschen Pass. Die Zahl der Menschen mit einem Migrationshintergrund ist sogar doppelt so groß.

Migration hat erheblichen Einfluss auf unsere gesellschaftliche Entwicklung. Die Kinderzahl der Deutschen ist zum Beispiel wesentlich niedriger als die Kinderzahl der Migranten. Für die nächsten zwanzig bis dreißig Jahre erwarten wir zudem eine durchschnittliche Zuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr. Diese Neueinwanderung wird die Gesellschaftsstruktur Deutschlands weiter verändern.

Wir haben ein besonderes Phänomen bei der Zuwanderung in Deutschland, das uns von Großbritannien und von Frankreich unterscheidet. Wir haben nämlich zusätzlich zu den normalen Problemen der Integration sehr oft ein Sprachproblem. Sprachbarrieren haben in Deutschland eine größere Bedeutung als in Frankreich, wo vor allem französisch sprechende Migranten aus den ehemaligen Kolonien zuwandern. Und im Bereich des ehemaligen British Empire ist das Sprachproblem ebenfalls wesentlich geringer.

Einwanderung an sich ist ja weder Problem noch Chance. Sie ist für vieles eine Lösung. Wir haben es mit Alterungsprozessen der Gesellschaft zu tun, wir haben es mit Fachkräftemangel zu tun, wir haben es mit nachlassender Innovationskraft zu tun. Bei all diesen Themen kann Einwanderung einen produktiven Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme leisten.

Einwanderung erfolgt immer zuerst in städtische Regionen. Das führt zu einer Internationalisierung unserer Städte. Eine ganz aktuelle Zahl: In Frankfurt am Main haben mittlerweile 65 Prozent der Kinder, die geboren werden, keine zwei deutschen Eltern. Das heißt, 65 Prozent der Kinder, die in Frankfurt am Main geboren werden – ähnliche Zahlen gibt es für Stuttgart – sind Kinder, die zumindest einen partiellen Migrationshintergrund haben.

Die Einwanderung in den Städten schafft kulturelle Offenheit und kann zu Toleranz beitragen. Die Deliktstatistik zeigt etwa, dass es in Städten mit relativ hohen Ausländeranteilen deutlich weniger fremdenfeindliche bzw. rechtsextremistische Delikte gibt als in Landstrichen mit sehr geringen Ausländeranteilen.

Einwanderung macht auch Städte für bestimmte Milieus interessant: zum Beispiel für junge Erwachsene, auch für internationale Spitzenkräfte, die tolerante städtische Atmosphäre suchen. Insofern ist Toleranz und ein interkulturelles Milieu ein wichtiger Standortfaktor für unsere Städte.

Natürlich ist Einwanderung auch mit Problemen verbunden. Diese entstehen vor allen Dingen dann, wenn Einwanderung mit ökonomischer und sozialer Benachteiligung verbunden ist und wenn die Grundlagen für die demokratische Teilhabe fehlen. Als Gründe sind besonders zu nennen: Sprachbarrieren, unzureichende Schulbildung, niedrige berufliche Qualifikation, ein niedriges Einkommen. Die Probleme sind in aller Regel sozialräumlich konzentriert und überlagern sich häufig mit Problemen der Armutssegregation. Diese Verknüpfung von Armutssegregation und Integrationsproblemen in den Städten ist besonders heikel. Sie ergibt sich vor allem in großstädtischen Altbauquartieren einfacher Wohnqualität, und in preisgünstigen, verdichteten Großsiedlungen der sechziger- und siebziger Jahre.

Gerade unter den Stadtpolitikern wird viel über sozialräumliche Segregation diskutiert. Es scheint sich in den letzten Jahren die Einsicht durchzusetzen, dass sozialräumliche Segregation wohl unvermeidbar ist. Das Problem ist eigentlich nicht die Segregation. Segregation wird dann zum Problem, wenn sie zur Falle wird: wenn es in Zuwanderungsvierteln keine Möglichkeit des Ausstiegs oder des Aufstiegs gibt. Daher muss sich die Gesellschaft in segregierten Stadtteilen um eine besonders leistungsfähige soziale Infrastruktur bemühen, vor allem um ein funktionierendes Bildungsangebot, und damit die Voraussetzungen für die Integration in die Gesellschaft schaffen.

Das Planungsleitbild der sozialen Mischung war jahrzehntelang mehr oder weniger unbestritten. In den letzten Jahren ist es in die Diskussion geraten, weil es sich in vielen Bereichen als nicht realisierbar erwiesen hat. Und das gilt nicht nur für Deutschland. In ganz Europa zeigen die sozialräumlichen Indikatoren dass der Unterschied zwischen den Städten in der Summe wesentlich kleiner ist als der Unterschied, der sich innerhalb der Städte durch sozialräumliche Segregationsprozesse herausgebildet hat. Dieses Phänomen zeigt sich in allen großen Städten.

Die soziale Mischung wird heute deshalb realistischer betrachtet, weil es uns an Instrumenten fehlt, einer Entmischung wirkungsvoll entgegenzuwirken. Städte, die noch kommunale Wohnungsbaugesellschaften haben, haben zumindest noch einige Instrumente, um Segregationsprozesse zu beeinflussen. Man kann in Skandinavien sehen, dass die Städte, die über großen Grundbesitz und erheblichen Wohnungsbestand verfügen, eher Einfluss auf solche Prozesse haben als Städte, die über diese Instrumentarien nicht mehr verfügen. Aber auch in solchen Städten bleibt Segregation eine Falle, wenn es in diesen Quartieren keine Möglichkeit des Aufstiegs oder des Ausstiegs gibt.

Eigentlich haben Kinder und Jugendliche – jedenfalls in der Theorie – beste Chancen zur Integration, weil sie das dafür sehr wertvolle Bildungssystem nutzen können. Die Praxis zeigt uns aber, dass das in Deutschland nur sehr begrenzt funktioniert. Der Zugang zum Bildungssystem wird sehr stark vom sozialen Status und von der Bildungsnähe oder Bildungsferne der Elternhäuser bestimmt. Die deutschen Schüler schnitten bei der Pisa-Studie vor allem deshalb so schlecht ab, weil das Bildungssystem im sozial benachteiligten Milieu besonders wenig leistet. Die Bildungserfolge sind besonders gering, wenn soziale und ökonomische Benachteiligung

gung und Migrationshintergrund zusammenkommen. Diese Probleme gelten im Grundsatz sowohl für die Migrationsbevölkerung als auch für sozial benachteiligte Familien deutscher Herkunft.

Deshalb muss sich Gesellschaftspolitik vor allen Dingen auf Bildungsfragen konzentrieren. Grundlegender Spracherwerb, der spätestens in der Kindertagesstätte anfangen muss, allgemeine Schulbildung, berufliche Bildung sind die Schlüsselthemen, wenn wir über Integration reden. Stadtentwicklungspolitik kann in diesem Feld einen wichtigen flankierenden und integrierenden Beitrag leisten. Soziale Stadtentwicklungspolitik ist in diesem Sinne immer auch Gesellschaftspolitik.

«Integration vor Ort» hat in den letzten fünfzehn, zwanzig Jahren als Thema, als Herausforderung an Bedeutung gewonnen. Klassischerweise wurde Integration lange Zeit über die Arbeitswelt organisiert. Die Integrationsleistung der Arbeitswelt verliert aber bei hohen Arbeitslosenzahlen unter Migrantinnen und Migranten an Bedeutung. Deshalb müssen lokale Gemeinschaften, Nachbarschaften, Stadtquartiere, Städte viele Integrationsaufgaben übernehmen.

Wir wollen uns also darum bemühen, die Chancen der Integration im Quartier, in der Nachbarschaft, die gerade für Menschen von Bedeutung ist, die nicht ins Arbeitsleben integriert sind, stärker in das Blickfeld zu nehmen. Es müssen darum die verschiedenen Politikbereiche und die Anstrengungen der verschiedenen Ressorts in der Jugendpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Bildungspolitik, in der Sozialpolitik zusammenführen und vor allem im Stadtteil gemeinsam arbeiten. Denn im Stadtteil, in den belasteten Nachbarschaften bündeln sich wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen, dort werden sie mit Händen greifbar.

Deswegen ist Stadtentwicklungspolitik heute in einer Situation, dass sie zum Teil Defizite anderer Politikbereiche kompensieren muss. Ich war in der letzten Woche in der Rütli-Schule in Berlin Neukölln und habe mir angeschaut, was mit Mitteln der «Sozialen Stadt» gemacht wird. Wir beschäftigen in der Rütli-Schule aus Mitteln der «Sozialen Stadt» drei interkulturelle Schulsozialarbeiter, die sich darum kümmern, dass die 85 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund und deren Eltern einen Dialog mit der Lehrerschaft führen, die zu 100 Prozent deutsch ist. Das ist nicht einfach. Man stelle sich vor: Ein nicht deutsch sprechender Elternteil wird von dem zuständigen Lehrer, der nur deutsch spricht, eingeladen, um über die schulischen Probleme des Schülers zu sprechen. Bis vor einem Jahr war es so, dass oft die Schülerin oder der Schüler ihren Eltern übersetzen musste, was die Lehrer ihren Eltern mitteilen wollten. Erst mit dem Programm «Soziale Stadt» haben wir es geschafft, in drei Schulen in Neukölln diesen Dialog vernünftig in Gang zu bringen, damit die Eltern sich wieder stärker mit der Schule beschäftigen und die institutionellen Barrieren zwischen Elternschaft und Schule abgebaut werden.

Ein anderes Beispiel in Neukölln sind die «Stadtteilmütter», ein Projekt, was sich vor allem an Familien mit Kindern unter sechs Jahren wendet. Wir wissen, dass mehr als die Hälfte der ausländischen Kinder unter sechs Jahren in Neukölln (wie auch in anderen Städten) keine Kindertagesstätte aufsuchen und somit keinen Zugang zur Förderung im vorschulischen Bereich haben. Die «Stadtteilmütter» sind etablierte Ausländerinnen, die Kinder erzogen haben. Sie werden geschult in der Vielfalt der Angebote wie Kindertagesstätten, Betreuungseinrichtungen etc. und sprechen junge Mütter mit Migrationshintergrund gezielt an, um diese Informationen in ihrem

Wohnquartier weiterzugeben. Mittlerweile gibt es siebzig ausländische Frauen, die diese «Übersetzungsarbeit» im interkulturellen Dialog zwischen den staatlichen Institutionen und der ausländischen Bevölkerung leisten.

Man muss feststellen, dass die interkulturellen Fähigkeiten in der Lehrerschaft oder der kommunalen Dienstleistungsverwaltung sehr schwach ausgebildet sind. Das impliziert noch ein weiteres Problem: Wenn es keine Lehrer mit Migrationshintergrund gibt, keine Polizisten und keine Sachbearbeiter im Sozialamt, dann fehlen Vorbilder, an denen man sich beruflich orientieren kann.

Im Rahmen des Programms «Soziale Stadt» haben wir uns ganz bewusst dem Themenfeld der nicht-investiven Maßnahmen gewidmet. Das ist für die Städtebauförderung eigentlich fremd, denn traditionell bauen und sanieren wir Häuser, bringen Straßen in Ordnung, legen Grünflächen an. Aber wir haben ja gelernt, dass Stadtteilentwicklung nicht nur etwas mit sanierten und in Ordnung gebrachten Häusern zu tun hat.

Das Programm «Soziale Stadt» gibt es seit 1999 als offizielles Programm der Städtebauförderung. Wir haben das Programm im letzten Jahr mit zusätzlich 40 Millionen Euro ausgestattet. Mittlerweile stellt die Bundesregierung 110 Millionen Euro in diesem Programm bereit, die Länder und die Gemeinden geben jeweils ein weiteres Drittel hinzu, so dass uns für die 430 Quartiere und Nachbarschaften, die in dem Programm unterstützt werden, im Jahr 330 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Und es gibt zwei weitere Programme der Städtebauförderung, die eine gewisse Nähe zu diesem Programmansatz haben. Das sind die Programme des Stadtumbaus in West- und Ostdeutschland. Diese Programme haben eine Reihe der Ideen aufgegriffen, die in der «Sozialen Stadt» entwickelt worden sind.

Die wesentliche Idee ist der Versuch, einen integrativen und ressortübergreifenden Ansatz umzusetzen, also Fragen der Wirtschaft, des Arbeitsmarkts, der Bildung, der Sozialpolitik, der Integration, des Wohnungsmarkts im Zusammenhang zu diskutieren und im Quartier zu lösen. Jeder, der Verwaltung kennt, weiß, dass diese Denkweise einer Verwaltung im Grunde fremd ist. Verwaltung ist sektoral organisiert: Sozialamt, Wohnungsamt, Jugendamt, Schulamt, Hochbauamt, Tiefbauamt und so weiter. Das zusammenzubringen ist die eigentliche Leistung. Wir versuchen das zu fördern, indem wir im Rahmen des Programms «Soziale Stadt» ganz bewusst Prämien geben wollen, wenn diese Integrationsleistung gelingt. Deshalb haben wir im Programm integrierte Handlungskonzepte zur Voraussetzung gemacht. Das gelingt nicht überall gleich gut, aber es gelingt im Wesentlichen. Entscheidend ist, dass die Umsetzungsverantwortung vor Ort liegt. Natürlich sind diese Programme auch mit Konflikten zwischen den Interessen vor Ort und den Ressortinteressen in den Städten und Gemeinden konfrontiert. Aber wir haben gelernt, dass Quartiersmanagement, also Verantwortungsübernahme vor Ort, ein Schlüssel zum Erfolg ist.

Wir haben das Programm evaluieren lassen, und die Evaluierung hat gezeigt, dass der Weg im Grunde richtig ist, dass er hilft, Stadtquartiere zu stabilisieren und Lebenschancen von Bewohnern zu verbessern.

In diesem Jahr werden wir mit Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds einen weiteren Beitrag leisten können. Es geht darum, konkrete Projekte zu fördern, die sich Beschäftigungs-, Bildungs- und Teilhabefragen im Stadtteil annehmen. Das soll weiter dazu beitragen, diese Idee, deutlich über die bauliche Erneuerung hinauszugehen, in den Programmen zu stärken.

Soziale Stadtentwicklung ist Gesellschaftspolitik. Es geht letztlich um den sozialen Zusammenhalt unserer Städte. In Europa hat es für diese Politik seit Mitte der neunziger Jahre wichtige Impulse für integrative Arbeit gegeben. Es gab die Programme Urban I, 1995/1996 gestartet, und Urban II, 2001 gestartet. Zudem hat auch die europäische Rechtsetzung erheblichen Einfluss auf das, was im Stadtquartier passiert. Außerdem werden die Strukturfonds in der laufenden Förderperiode weiter größere Bedeutung bekommen. Wir haben in Deutschland im nationalen strategischen Rahmenplan das Thema «Nachhaltige Stadtentwicklung» verankert und die Länder aufgefordert, etwa 10 Prozent ihrer Budgets aus den EU-Strukturfonds, die ja eher wirtschaftsfördernd angelegt sind, für diese Thematik einzusetzen. Das haben die Länder unterschiedlich aufgegriffen, der Föderalismus hat auch hier sehr seine eigenen Akzente gesetzt, denn die Umsetzung verantworten die Bundesländer.

Eine Stadt besteht nicht nur aus Problemvierteln, sie ist aber auch nicht nur «Creative City». Stadt ist das ganze Spektrum von Möglichkeiten, Chancen und Problemen, und Städte sind vor allen Dingen Orte des sozialen Zusammenhaltes, sie sind «Integrationsmaschinen». Das war immer ihre große Fähigkeit: Ein ganz zentrales Wesensmerkmal der europäischen Stadt ist die Fähigkeit, zu integrieren und sozialen Ausgleich zu organisieren. Deswegen sollten wir die Themen des sozialen Zusammenhalts auch in der Stadtentwicklungspolitik diskutieren. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

Auf Bildung kommt es an – und auf Vorbilder

Eine Bemerkung vorweg: Das Problem in den Metropolen ist – knapp gesagt – hauptsächlich ein Problem von Jungen. Man könnte sogar hinzufügen: von muslimischen Jungen, wenn man die Russlanddeutschen hier einmal außer Acht lässt.

Noch eine andere Bemerkung: Ich kann mich gut daran erinnern, dass lange Zeit das deutsche Modell immer als das besonders schlechte galt, und die Niederlande waren das Vorbild – bis zum Mord an Theo van Gogh. Dann galt Frankreich lange Zeit als Vorbild, das immer wieder genannt wurde, wegen der Bildungspolitik – bis zu den Unruhen in den Banlieues. Und selbst konservative Politiker haben in der Zeit, als die Unruhen in den Banlieues aufflammten, auf einmal Deutschland als Modell entdeckt. Und als wir in Kreuzberg und in anderen Stadtteilen Unruhen bekamen, haben die gleichen Journalisten auf einmal Artikel darüber geschrieben, ob wir nicht vor französischen Verhältnissen stehen würden. Ich rate uns allen, ein bisschen vorsichtig zu sein mit solchen Vergleichen. Jedes Land wird seinen eigenen Weg gehen müssen, aber dabei natürlich auch ein wenig lernen von dem, was andere Länder richtig, aber vor allem auch, was andere Länder falsch machen.

Ein Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit ist wichtig: In Frankreich sind 22 Prozent der unter Fünfundzwanzigjährigen ohne Arbeit, in Deutschland 15 Prozent, und in Großbritannien sind es 12 Prozent. Das sind die Zahlen von 2004. In Deutschland haben Jugendliche sicherlich auch große Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Das Ausbildungssystem ist hierzulande aber doch sehr wichtig für die Eingliederung. In Frankreich machen 350.000 Menschen eine Ausbildung in einem Betrieb. In Deutschland sind es mehr als 1,5 Millionen.

Ein weiterer Aspekt, der Aufmerksamkeit verdient: In Frankreich gibt es offiziell keinen Rassismus, weil sich die Gesellschaft einfach auf ihre republikanische Tradition beruft, damit aber quasi blind ist für Rassismus.

Francois Amadieu, Professor an der Université de Paris, hat im vergangenen Jahr Testbewerbungen von fiktiven Kandidaten verschickt. Bei gleicher Qualifikation und übrigens auch bei gleicher Adresse, damit man nicht auf das Viertel schließen konnte. Ergebnis: In 75 Prozent der Anfragen wurde ein weißer Franzose zum Gespräch eingeladen, ein maghrebischer Kandidat nur in 14 Prozent der Fälle. Ein Weißer hat also auf dem Arbeitsmarkt eine fünfmal höhere Chance auf einen Einstieg ins Arbeitsleben als ein Migrant oder ein Nachfahre von Einwanderern in Frankreich.

Von Ghettos kann man in der Bundesrepublik Deutschland sicher nicht sprechen. Es gibt hier sicherlich «Massierungen» im Wohnbereich, aber man findet wenige Häuser, in denen ausschließlich Migranten wohnen. In den Banlieues dagegen beobachten wir den Niedergang der Vorstädte, die Mittelschicht ist weggezogen, die Facharbeiter sind weggezogen. Hinzugezogen sind Menschen, Arbeitnehmer, häufig mit Migrationshintergrund, häufig mit vielen Kindern, häufig auch mit einem muslimischen Hintergrund. Gleichzeitig hat die Arbeitslosigkeit zugenom-

men. Prekäre Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnisse gehen damit einher. Und die Gebäude sind verkommen.

Wenn man zurückkommt auf die deutsche Situation, dann entdeckt man sicherlich auch Parallelen. Ich rechne mich nicht zu denen, die die Wohnsegregation von Migranten in Grund und Boden verdammen wollen. Es kann zunächst einmal als Einstieg in eine Gesellschaft hilfreich sein, wenn ich dorthin ziehe, wo Menschen sind, die so sind wie ich, die meine Sprache sprechen, die möglicherweise einen ähnlichen Hintergrund haben, ähnliche Ernährungsgewohnheiten etc. Es wird dann problematisch, wenn dies zum Dauerzustand wird. Es wird dann problematisch, wenn die Mittelschicht wegzieht. Es wird dann problematisch, wenn in den Vierteln ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit herrscht. Es wird dann problematisch, wenn damit Sozialhilfebezug einhergeht und Schulen und andere pädagogische Einrichtungen dem Verfall preisgegeben werden. Und das ist genau die Herausforderung für uns. Und darum warne ich davor, das Phänomen zu sehr zu ethnisieren und die soziale Dimension zu übersehen.

Manche unserer Banlieues sind im Übrigen deutsch. Dort wohnen vor allem Deutsche, und die Unsicherheit, die empfunden wird, ist dieselbe Unsicherheit, die häufig Migranten empfinden. Ich rede von bestimmten Teilen im Osten unseres Landes. Auch das sollte bedacht werden, wenn man über entsprechende Probleme redet. Die Ursachen sind sicherlich zum Teil vergleichbar: eine Mischung aus Langeweile, Perspektivlosigkeit, manchmal Bandenkriminalität, eine Aufgeschlossenheit für bestimmte ideologische Ansichten.

Interessant ist auch, dass die Mädchen aus den Einwanderermilieus in der Schule und beim Einstieg in die Arbeitswelt häufig erfolgreicher sind als die Jungen. Die männliche Arbeitslosigkeit ist höher, was wiederum Verzweiflung nährt, aber natürlich auch den Machismus, über den man in diesem Zusammenhang sicherlich auch reden muss, der ein Problem darstellt, weil er etwas mit Erziehungsstilen zu tun hat, die man einmal problematisieren muss. Die Kultur der Straße ist eine klassisch machistische Kultur und hat was sehr Männliches.

Man wird nicht weiterkommen, wenn man nicht auch die Rolle der Eltern anspricht, konservative Erziehungsstile mit einer klaren Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Es gibt Situationen, in denen wir gegen die Eltern erziehen müssen, im Sinne von Prinzipien, die wir mehrheitlich teilen in der Gesellschaft, für den Erhalt von Errungenschaften, die in vergangenen Jahrzehnten erworben worden sind und die wir nicht preisgeben wollen.

Ein weiterer Punkt, der wichtig ist, ist die Rolle von Vorbildern. Wir brauchen Vorbilder mit Migationshintergrund: im Sport, im Fußball, in vielen anderen Bereichen. Dazu gehören auch Menschen in pädagogischen Berufen.

Schließlich benötigen wir auch gezielte Förderung, positive Konditionierung oder neudeutsch «affirmative action». Man sollte versuchen, so zu fördern, dass man z. B. einen Campus erhält, der die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegelt, um auf die Gesellschaft, in der ich später leben werde, vorbereitet zu werden – auch dort, wo ich meine Ausbildung mache, auch dort, wo ich meinen Antrag im Rathaus stelle, auch dort, wo meine Sachen bearbeitet werden, sollte die Gesellschaft sich widerspiegeln. Und wenn das freiwillig nicht funktioniert, dann muss man sich auch Gedanken darüber machen, wie man das, zumindest in einer Übergangszeit, gezielt fördern kann.

Ich möchte ein positives Beispiel nennen, wo sich manches getan hat. Es gibt Stiftungen, die gezielt Förderprogramme aufgelegt haben für Menschen mit Migrationshintergrund – und zwar mit dem Ziel, so etwas wie eine Elite zu schaffen. Wenn man die Gesellschaft verändern möchte, dann braucht man Leute, die in der Lage sind, Führungsfunktionen in der Wirtschaft, in der Politik, in der Kultur, in den verschiedensten Bereichen einzunehmen. Es wird nicht reichen, ein Helfersyndrom zu haben. Es wird nicht reichen, auf die armen Migranten zu schauen. Wir brauchen Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Lage sind, auch quasi in der ersten Reihe Funktionen zu übernehmen, also nicht nur bei der Müllabfuhr und in der Änderungsschneiderei, sondern auch da, wo darüber entschieden wird, wie die Müllabfuhr zu arbeiten hat.

Ein zentraler Punkt zum Schluss: Die Erziehung von Migrantenkindern muss auch über die weiße Mittelschichtfamilie erfolgen, die Kinder mit Migrationshintergrund im Wohnzimmer quasi miterzieht. Das kann aber nur dort passieren, wo man zusammen in die Schule geht. Wenn man nicht auf dieselbe Schule geht, weil entsprechend früh eine Trennung erfolgt ist, dann wird man ein Problem bekommen.

Ich habe vor kurzem im *Tagesspiegel* einen spannenden Artikel gelesen von einem jüdischen Freund, der als Kontingenzflüchtling nach Deutschland kam. Er sprach von einem Uwe. Der Uwe bei ihm in der Familie: der ihn quasi an die Hand genommen hat, die ganze Familie begleitet hat bei Behördengängen, sie begleitet hat beim Deutschlernen, sie motiviert hat, sich entsprechend in der Gesellschaft einzubringen. Natürlich braucht jeder seinen «Uwe» – oder seine «Sabine». Man kann das systematisieren. Wenn ich aber in einem Stadtteil wohne, wo kein Uwe mehr ist, dann muss man sich Gedanken darüber machen, wie man das über die Schule oder andere pädagogische Einrichtungen organisieren kann. Angesichts des demografischen Wandels müsste auch die Mehrheitsgesellschaft ein Interesse daran haben, dass das stattfindet. Egal, wie man zu der ganzen Debatte steht – wir bewegen uns auf eine gesellschaftliche Realität zu, in der Menschen mit Migrationshintergrund einen wichtigen Stellenwert bekommen, und die Mehrheitsgesellschaft, nicht nur die Zugewanderten, entscheiden mit darüber, welche Rolle die Migrantinnen und Migranten in den Großstädten künftig einnehmen.

DISKUSSION (AUSZÜGE)

Aus dem Publikum Wenn ich in den USA oder in England wäre, dann wäre ich irritiert, dass man zwar über gesellschaftliche Widersprüche, soziale Gegensätze, Klassenunterschiede spricht, aber die Kategorie Gender nicht aufruft. Wenn man sich die Unruhen anschaut, ist es ja in der Tat so, dass hier Männlichkeit konstruiert wird, und die Frage ist schon, in welcher Weise Wissenschaft und Medien auch dieser Aufmerksamkeitsproduktion aufsitzen oder sich an ihr beteiligen. Sie haben gesagt, Herr Özdemir, die jungen Frauen, die Mädchen sind diejenigen, die die besseren Schulabschlüsse machen, sie sind diejenigen, die eine größere Perspektive auf Partizipationschancen haben, die aber immer dann auf Probleme stoßen, wenn sie mit Religion in irgendeiner Weise identifiziert werden. Tatsächlich haben wir einen riesigen Widerspruch zwischen dem Versprechen der demokratischen Gesellschaft: «Wer hier etwas leistet, kann auch etwas werden», und der Tatsache, dass das für die Mädchen überhaupt nicht zutrifft. Mir geht es aber gar nicht darum zu sagen, na ja, die Mädchen sind eben die Besseren und die Jungs sind halt die Verlierer, sondern mir geht es darum zu verstehen, dass diese männlichen Jugendlichen überhaupt keine Perspektive haben.

Cem Özdemir Es ist nicht erstrebenswert und auch nicht das Ziel, «gegen die Eltern zu erziehen», aber es gibt bestimmte Situationen, in denen Werte vermittelt werden, die vordemokratisch oder nicht grundgesetzkompatibel sind, und zwar unabhängig von der Herkunft. In den Fällen hat der Staat die Aufgabe, die Werte, die wir gemeinsam mehrheitlich teilen, zu sanktionieren. Gewalt ist übrigens nach wie vor der Faktor, der darüber entscheidet, ob Frauen Bildungszugang haben; entscheidend dafür, inwieweit Frauen an der Gesellschaft partizipieren können oder nicht, ob ihnen der Zugang zu Bildung, von wem auch immer, in der Familie, vom älteren Bruder, vom Vater verwehrt wird oder nicht. Das ist die Frage, die mich im Kern interessiert: ob Gewaltstrukturen herrschen.

Aus dem Publikum Es ist interessant, dass das Programm «Soziale Stadt» um 40 Millionen Euro aufgestockt wird. Das ist ja sehr schön. Sie haben aber gar nicht über den sozialen Wohnungsbau gesprochen. Dabei hat die Segregation zugenommen, weil die Mittel zurückgenommen, die Instrumente zurückgefahren wurden. Wenn der soziale Wohnungsbau seit den achtziger Jahren zurückgefahren wird, dann geht ein Instrument, mit dem man soziale Mischung beeinflussen kann, verloren. Welche Rolle spielt das bei den gegenwärtigen Problemen?

Aus dem Publikum Die Integration, so hieß es, findet heute nicht mehr maßgeblich am Arbeitsplatz statt, sondern sie muss vor allem in der Schule geleistet werden. Nun ist aber die Schule bekanntermaßen der Notstandsfall der Nation. Und ich sehe nicht, wo sich das ändert. Wenn ich aber eine Schülerschaft habe, in der ein hoher Prozent-

satz mit Migrationshintergrund lernt, ist es Pflicht der Schule beziehungsweise der Schulträger, die Lehrer zu befähigen, darauf reagieren zu können. Eine Studienfreundin von mir fing vor zwanzig Jahren in Kreuzberg an zu arbeiten. Was hat sie gemacht? Sie hat türkisch gelernt, beziehungsweise sie hat sich eine türkische Gehilfin geholt. Ich kenne kaum einen Lehrer, der bereit ist, Russisch oder Polnisch oder welche Sprache auch immer nur im Ansatz zu lernen, um auf diese Weise zu signalisieren: Ich verstehe eure fremde Kultur. Wenn der Schule in stärkerem Maße die Verantwortung zugewiesen wird, Integrationshilfe zu leisten, dann muss sich die Schule ertüchtigen, dann muss sich die Lehrerschaft ertüchtigen, und dann muss ich vor allem auch den Dialog mit den Kultusministern und den für Kultur und Bildung Verantwortlichen führen.

Engelbert Lütke Daldrup Ich halte Spracherwerb für eine ganz zentrale Voraussetzung, weil er der Schlüssel zur Bildung ist, trotz der eben angesprochenen interkulturellen Kompetenz von Lehrern, die sicherlich auch diskutiert werden muss. Es ist eine gewisse Ironie, wenn wir mit Programmen der «Sozialen Stadt», sozusagen hilfsweise, über muttersprachliche Sozialarbeiter an Schulen interkulturelle Kompetenz zur Verfügung stellen, die bei den Lehrern nicht vorhanden ist. Insofern ist es eine ganz wichtige Aufgabe, im Rahmen der nationalen Diskussion über Integrationsplanung die interkulturelle Kompetenz zu verbessern. Wir brauchen wesentlich mehr Migrantinnen und Migranten, die in diesen Bereichen arbeiten. Auf der einen Seite wegen der Kommunikationsfunktion und auf der anderen Seite wegen der Vorbildfunktion.

Zum Thema «Soziale Stadt» und dazu, dass das eigentliche Problem der fehlende Wohnungsbau sei. Wir haben in den meisten Regionen keinen Wohnungsmangel, auch in Berlin stehen mehr als 100.000 Wohnungen leer. Es gibt Regionen, wo es Wohnungsmangel gibt. Da wird Wohnungspolitik auch weiterhin eine Rolle spielen. Aber insofern war es nicht inkonsequent, dass die Wohnungspolitik auf die Landesebene delegiert worden ist. Ich halte das im Grunde für sachgerecht, weil wir sehr unterschiedliche Wohnungsmärkte in Deutschland haben. Wir haben einen angespannten Markt in Stuttgart und München, in vielen Ballungsräumen aber sehr entspannte Märkte mit ganz anderen Problemen, z.B. Stadtumbau, Rückbau von Wohnungen, Leerstand und ähnliche Thematiken. Somit ist eine gewisse Regionalisierung der Wohnungspolitik sinnvoll.

Cem Özdemir Wir tun immer so, als ob das Problem der Sprache nur ein Problem der Amtssprache wäre. In der Realität sind diejenigen, die in der Amtssprache ein Problem haben, zugleich auch häufig Leute, die ein Problem mit der Muttersprache haben, die also in beiden Sprachen nicht firm sind – und irgendwann werden sie Kinder ohne die nötige Sprachkompetenz großziehen. Und wenn man nicht radikal gegensteuert, wird das Problem noch größer werden, mit Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Bedarf an ungelernten Arbeitskräften wird nie wieder so steigen, wie das in den fünfziger und sechziger Jahren mal der Fall war.

Wenn wir es nicht schaffen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte durchschnittlich ein höheres Bildungsniveau erreichen, dann werden wir künftig noch massive Probleme bekommen, die auch die Politik kaum auffangen kann.

Egalité sans Fraternité?

Integrationspolitik in Frankreich

Mit **Bernard Bensoussan (Moderation)**, **Mohamed Mechmache**, **Samira Guerrouj**, **Francois Pupponi**, **Oliver Frey**

Bernard Bensoussan Es gab schon in den achtziger Jahren Gewalttaten in französischen Städten, vor allem in der Gegend von Lyon. Aber die wochenlangen Unruhen im Jahre 2005 mit mehr als dreißigtausend brennenden Autos und mehr als sechzig Millionen Euro Schaden bei den Kommunen – das war ein Präzedenzfall. Mich interessiert Folgendes: Was sind die Ursachen, aber auch die Folgen, kurz: die Bedeutung dieser Ereignisse? Handelte es sich, wie es der Premierminister einige Tage nach den Vorfällen nannte (er sprach auf CNN von «social riots»), um soziale Aufstände, um eine kulturelle Krise, eine politische Krise oder um eine Kommunikationskrise zwischen sozialen Gruppen?

Zuerst einmal ist Frankreich ein altes Einwanderungsland. Frankreich war und ist geprägt durch eine postkoloniale Immigration, mehrheitlich frankophon. Zur Erinnerung: Das französische Integrationsmodell basiert auf einer individuellen und nicht gemeinschaftlichen Emanzipationslogik, einer Emanzipation von den Ursprungskulturen. Es basiert auf einer Idealvorstellung von dem, was man nationalen Schmelztiegel nennt. Das ist der republikanische Entwurf: Die ursprünglichen ethnischen und kulturellen Unterschiede werden zu einer politischen Einheit transzendiert, einem «neutralen Raum», der erfordert, dass man den Glauben, die religiösen, konfessionellen und kulturellen Vorlieben sich für die Privatsphäre vorbehält. Integrationspolitik in Frankreich beruht schließlich auf der Nicht-Anerkennung der ethno-kulturellen Besonderheiten durch das Gesetz. Das Gesetz kennt nur Bürgerinnen und Bürger in einem neutralen Raum.

Mohamed Mechmache Das Kollektiv «AC LE FEU»¹ ist direkt nach den genannten Zwischenfällen ins Leben gerufen worden. Es waren und sind übrigens soziale Revolten. Das Wort «Aufstand» ist für uns nicht die richtige Bezeichnung, «Revolte» viel eher. Weil das, was sich ereignet hat, soziale Revolten sind. Weil die französische Integrationspolitik nach dreißig Jahren nicht mehr dem republikanischen Modell entspricht. Viele Menschen erkennen sich in dieser Gesellschaft nicht mehr wieder.

1 AC LE FEU steht für Association du Collectif Liberté, Egalité, Fraternité, Ensemble et Unis. Das Kollektiv AC LE FEU entstand als Reaktion auf die Jugendunruhen in französischen Banlieues im Oktober 2005. Mit den so genannten Beschwerdeheften stellten sie Klagen, Forderungen und Empfehlungen aus über 120 französischen (Vor-)Städten zusammen. Den Katalog an Klagen übergab AC LE FEU dem französischen Parlament zum Jahrestag der Unruhen als Grundlage für ihr zukünftiges Vorgehen.

Das Wort «Aufstand» ist oft von den Medien und den Politikern verwendet worden. Sie wollten uns sofort stigmatisieren. Die Politiker haben behauptet, dass der Rap schuld sei, die Polygamie, der Rückzug der Eltern, aber nicht die Politik. Nach dem, was wir sehen konnten, waren da aber auch Mamas und Papas auf der Straße, die mit ihren Kindern diskutiert haben und auch mit den Ordnungskräften.

Das Beste schien uns also, denjenigen das Wort zu geben, die es lange nicht mehr hatten. Also haben wir mit dem Kollektiv «AC LE FEU» beschlossen, eine Rundreise zu machen. Wir haben 120 Städte in Frankreich besucht, wir haben mehr als zwanzigtausend Beschwerden gesammelt, und wir haben sie in einem Heft zusammengefasst, das «das Beschwerdeheft»² heißt. Und darin gibt es einen Katalog von 114 Vorschlägen, der wirklich aus der Praxis kommt und nicht an einem Tisch mit Spezialisten entworfen wurde. Jetzt gibt es also ein Programm, das nicht von oben nach unten entstanden ist, sondern umgekehrt.

Samira Guerrouj Wir haben hier eine Wiederholung der Geschichte, die der französischen Revolution von 1789 ähnelt, als es Beschwerden der Bevölkerung der Vororte gab. Wir haben bewusst diese Parallele gezogen, aber es gibt einen wesentlichen Unterschied: Die Beschwerden waren diesmal mit Vorschlägen verbunden. Als wir die Menschen getroffen haben, haben wir sie gebeten, sich über ihr Unbehagen zu äußern, betreffend Wohnung, Arbeit, Diskriminierung, Prekarität, Gesundheit usw. Aber wir haben sie auch gebeten, Vorschläge zu machen, damit sich ihre Lebensbedingungen verbessern. Es gab schließlich 114 Vorschläge, die aus diesen Beschwerden hervorgegangen sind, sehr interessante Vorschläge, die den Politikern bei einem Marsch zur Nationalversammlung übergeben wurden. Heute arbeiten wir an einem «Gesellschaftsvertrag», der für die Präsidentschaftswahlen bestimmt ist. Die Vorschläge wurden geprüft und mit Blick auf die Durchführbarkeit überarbeitet.

Francois Pupponi Frankreich ist ein großes Land, Land der Menschenrechte, von «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» und des Laizismus. Und trotz allem fand es sich im Jahre 2005 inmitten ungekannter städtischer Gewalt wieder. Diese Gewalt ist jedoch nach langen Jahren des Abrutschens, des Abgleitens entstanden. Innerhalb eines Zeitraums von zwanzig Jahren sind viele Dinge passiert, über die niemand sprach. Ein Problem der Vororte waren die Konflikte zwischen Banden. Man muss wissen, dass Frankreich seit fünfzehn, zwanzig Jahren mit Phänomenen zu tun hat, die denen in den USA ähneln, dem Phänomen der *Gangs*, und dass es in unseren Stadtteilen regelmäßig Jugendliche gibt, fünfzehn, sechzehn, siebzehn Jahre alt, die durch Schuss- oder Stichwaffen getötet werden.

Die Unruhen von 2005 waren eine neue Erscheinung, bei der es eine Gewaltexplosion gegenüber den Institutionen gab. Wie sind wir dorthin gekommen? Vor fünfzig Jahren hatte Frankreich ein ernstes Wohnungsproblem. Die Leute lebten in Barackensiedlungen, der Abt Pierre rief Frankreich und die damalige Regierung auf, sich des Ernstes der Lage bewusst zu werden, und diese entschied, große Mietskasernen zu bauen. In Sarcelles, wo ich Bürgermeister bin, einer Stadt von 58.000

² Die «Cahier de doléance» spielen auf die Beschwerdehefte an, die im Vorfeld der französischen Revolution unter den Armen aufgezeichnet wurden und ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Revolution waren.

Einwohnern nördlich von Paris, steht der erste der großen Wohnblöcke, die gebaut wurden. Damals befanden sich dort große landwirtschaftliche Flächen, die innerhalb von ein paar Jahren urbanisiert wurden. Man baute alles: Häuser, Straßen, Schulen, Geschäfte – alles auf einmal. Ein in der Geschichte der Menschheit bis dahin ziemlich einmaliger Vorgang.

In Frankreich hat man also in kurzer Zeit ganze Viertel und Städte gebaut. Das hätte eine gute Idee sein können, doch dann sind die Dinge aus dem Ruder gelaufen: Frankreich hat in diesen Vierteln, in diesen Gebäuden die schwächsten Bevölkerungsgruppen untergebracht, oft waren es Immigranten. Damit hat man in Frankreich das geschaffen, was wir nun, fünfzig Jahre später, die sozialen und ethnischen Gettos nennen. Sozial, weil dort die Bevölkerungsgruppen leben, die am meisten Schwierigkeiten haben, die ärmsten, die in diesen Vierteln konzentriert sind, meist Immigranten. Ein anderer Grund, warum wir entsprechende Probleme haben, liegt im Versäumnis Frankreichs, das Immigrantenproblem in die Hand zu nehmen und sich mit seiner kolonialen und postkolonialen Geschichte auseinanderzusetzen. Frankreich hat diese Menschen in den Vierteln geparkt. Und das konnte nicht funktionieren, weil es in den Vierteln und für diese Bevölkerungsgruppen keine Arbeit gibt. In den Banlieues ist die Arbeitslosigkeit drei- bis viermal so hoch wie in anderen Vierteln. Wie soll man unter diesen Umständen vermeiden, dass die Leute irgendwann rebellieren?

Die Katastrophe ist dann 2005 gekommen, aber seitdem hat sich nichts geändert, das heißt, dass man weitermacht wie bisher. Obwohl es nach den Aufständen 2005 natürlich Emotionen gegeben hat, der Präsident der Republik war bewegt, der Premierminister hat sich Fragen gestellt, die Abgeordneten waren in Aufregung, die Medien waren schockiert, und immerhin haben Journalisten die Banlieue entdeckt. Ich habe noch nie in meinem ganzen Leben so viele Journalisten gesehen. Sie kamen aus der ganzen Welt, der ganze Planet war in Sarcelles und in Clichy und anderswo, und man wurde befragt. Aber als sich die Sache erst einmal beruhigt hatte, auf den ersten Blick beruhigt hatte, sind alle wieder weggefahren: der Staatspräsident, der Premierminister, die Abgeordneten, die Journalisten. Aber wir versuchen ihnen weiterhin klarzumachen: Achtung, das kann wieder losgehen, wenn heute Abend in einem dieser Viertel eine Polizeikontrolle schief läuft. Denn die Ursachen der Explosion sind immer noch da: Die Leute werden diskriminiert, gettoisiert und haben keinen Arbeitsplatz. Und das kann nicht funktionieren! Man muss sich also darüber klar sein, dass das eine strukturelle Schiefelage ist und die Institutionen ein Stück weit blind sind, wenn es darum geht, diese Realität zu verstehen und zu akzeptieren.

Vielleicht gibt es noch eine andere Erklärung für die Aufstände von 2005 bzw. die Tatsache, dass sich bisher kaum etwas geändert hat, und die lautet: Frankreich akzeptiert diese Situation. Es sagt sich: «Ich habe die schwächsten Bevölkerungsgruppen gettoisiert. Von Zeit zu Zeit werden sie mir ein wenig Ärger machen. Dann werde ich die CRS und die Armee schicken, ich werde sie zur Ruhe bringen, und wir machen so weiter wie bisher.» Ich komme dahin, so zu denken, wenn man die Unfähigkeit sieht, mit der die Institutionen reagieren.

Die im Jahr 2005 ausgedrückte Gewalt hat sich mittlerweile verändert. Heute registriert man in Frankreich einen Anstieg von Angriffen auf Personen um 27 Prozent. Das bedeutet, dass in unseren Vororten Personen grundlos angegriffen

werden. Man darf auch das nicht dramatisieren, man darf auch hier nicht übertreiben, aber das ist die Wirklichkeit in einigen Vierteln.

Es gibt nur einige wenige Jugendliche in diesen Vierteln, die da rauskommen, die studieren und die einen normalen Lebenslauf haben. Und es gibt einige wenige Jugendliche, die in die Gewalt abgedriftet und in der Lage sind, jemanden grundlos anzugreifen.

Ich wiederhole: Die Maßnahmen, die uns erlauben würden, eine Lösung zu finden, sind immer noch nicht eingeleitet worden. Natürlich hat man ein wenig Geld gegeben, natürlich hat man ein bisschen subventioniert, man hat die Heldentat vollbracht, einen Farbigen um 20 Uhr ins Fernsehen zu setzen, um die Nachrichten zu präsentieren.

Das Jahr 2005 war erst die zweite Stufe der Entwicklung. Vorher waren es die Jugendlichen, die sich gegenseitig bekämpften. Im Jahre 2005 sind sie gegen die staatlichen Institutionen vorgegangen, und ich glaube, die dritte Stufe wird ein politisches Bewusstsein dieser Jugendlichen sein. Man hat es gesehen, als in den Vierteln Tausende, Zigtausende, Hunderttausende Jugendliche sich zum ersten Mal in die Wahllisten eingetragen haben. Im Jahr 2005 haben einige Feuer gelegt, andere haben sich entschieden, sich politisch aufzuraffen und bei den Wahlen Einfluss zu nehmen. Das ist, glaube ich, die dritte Stufe: Dass es ein politisches Bewusstsein dieser Bevölkerungsgruppen und besonders dieser Jugendlichen gibt, um Druck auf Frankreich auszuüben, damit endlich die großen Reformen eingeleitet werden, die es braucht.

Oliver Frey Um den Jugendlichen das Wort zu geben – das ist der Rap «Die Prinzen der Stadt» von '99: «Peu d'élégance dans mes écrits, normal pour un mec de Vitry sur ma feuille le ghetto, je retranscrit / Zigzaguant entre le mal et les délits / Jeune débrouillard, une fois sorti du lit / Au chômage pourtant jeune et ambitieux (...) / On vit en HLM les uns sur les autres / Les lits superposés, j'ai rien connu d'autre / On a la rage mais comment rester sage / On vit en marge, en gros on est tous barges.» («Wenig Eleganz in meinen Schriftstücken, normal für einen Typ aus Vitry / auf meinem Blatt das Getto, schreibe ich wieder ab / Hin- und herschwankend zwischen dem Übel und den Vergehen / Junger Schlaukopf, einmal aus dem Bett herausgekommen / Arbeitslos, aber jung und ehrgeizig (...) / Wir leben im HLM alle aufeinander / Die übereinander gestellten Betten, ich habe nichts anderes gekannt / Wir sind wütend, aber wie brav bleiben? / Wir leben am Rand, insgesamt gesehen, sind wir alle verrückt.»)

In der *International Herald Tribune* im November 2005 erschien ein Artikel mit der Überschrift «Wenn nur die französischen Politiker Hip-Hop gehört hätten». Der Tenor dieses Artikels war, dass die französischen Banlieues seit 15 Jahren ein Sprachrohr haben, nämlich den Rap. In den Hip-Hop- und in den Rapper-Liedern wird immer wieder dasselbe ausgesprochen: Schaut in die Banlieues, in die Gettos, und ihr werdet sehen, dass dort Wut und Verzweiflung bei den Jugendlichen vorherrschen. Gleichzeitig wird Respekt und Anerkennung von der Mehrheitsgesellschaft eingefordert. In dem genannten Lied wird betont, dass die Jugendlichen wütend sind, weil sie von der Gesellschaft und den durchschnittlichen Lebensstandards der Gesellschaft abgehängt sind und ohne Chancen auf eine Zukunft ihr Dasein in der Arbeitslosigkeit fristen. Also ist in den Rap-Texten schon alles gesagt worden, und hätte man zugehört, wären die Unruhen nicht so unvorhersehbar gekommen.

Didier Lapeyronnie³ hat in seinem Buch *Im Aus der Vorstädte* die vorherrschende Situation beschrieben. Zum einen konstatiert er das Ende der Industriegesellschaft in den neunziger Jahren, die den industriellen Wandel der Arbeitswelt zur Folge hatte. Als zentralen sozialen Konflikt sieht er nicht mehr den zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern den zwischen Drinnen und Draußen. Wer ist drinnen in der Gesellschaft, wer ist draußen? In Folge dessen erwähnt Lapeyronnie auch das Zerbröckeln der Arbeitnehmerschaft als gesellschaftspolitische Institution, was ein Vakuum bei der Integration hinterließ. Und drittens sieht er Frankreich in der Krise der staatlichen Institutionen. Die staatlichen Akteure und ihre Angebote der Integration sind ins Stocken geraten.

Was bedeutet das für die Situation der Jugendlichen in den Vorstädten? Die Reaktionen der Jugendlichen erklärt er als einen Ausdruck des Protests, als Ergebnis mangelhafter Inklusion, als eine Folge der Segregation, Ausgrenzung, Diskriminierung. Er sieht also auch eine politische Komponente in den Aufständen. Er erklärt, dass das Wort «Integration» in den Vororten eine schlechte Presse hat, das Reden von Integration sei ein politischer und moralischer und normativer Diskurs. Aber wer prägt diesen Diskurs, dass die Jugendlichen sich zu integrieren haben? Das ist ein Diskurs der Mehrheitsgesellschaft, und er sei auch ein bisschen geprägt von Rassismus nach dem Motto: Wir wollen die Maghrebiner ja schon, aber unter der Bedingung, dass sie sich die Füße waschen. Diese Jugendlichen kommen aber nicht von außerhalb der Gesellschaft, sie sind in der Gesellschaft.

Didier Lapeyronnie stellt «vier Diskriminierungsdimensionen» fest: Diskriminierung in der Schule, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, die tägliche Diskriminierung durch die Polizei und die politische Diskriminierung. Hierzu einige Bemerkungen: Die Schule wird nicht mehr als ein Weg zur geistigen Entfaltung, zur Integration, als ein Ort erlebt, in dem Zukunft produziert wird für die Jugendlichen, sondern als ein Ort der Auslese, wo die Gesellschaft die Situation der Jugendlichen in Niederlagen verwandelt. Die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich in einer Arbeitslosigkeit in Vierteln wie Clichy-sous-Bois von rund dreißig bis fünfzig Prozent. Das bedeutet: Die Teilnahme am normalen Leben wird versagt. Die tägliche Diskriminierung, der dritte Punkt, wird erfahrbar durch eine Staatsgewalt, die jeden kontrolliert wegen seiner Herkunft und wegen seiner Hautfarbe, außerdem kommt es immer wieder zu verbalen und körperlichen Gewaltakten durch die Polizei. Die politische Diskriminierung wird erkennbar durch das Scheitern der Beures-Bewegung. Ihre politischen Vertreter sowie Gewerkschaftler haben die Gettos und Banlieues verlassen, sodass die Jugendlichen sich nicht mehr im politischen Raum artikulieren.

Didier Lapeyronnie fasst die Situation in einem Beispiel gut zusammen: «Unsere liberale Gesellschaft ist eine gigantische Autobahn. Man kann schnell fahren, weit und sicher. Aber man wird dort trotzdem keine Radfahrer akzeptieren. Daher die Polizeikontrolle. Achtung, das ist kein Apartheidsystem, das ist perverser. Man lebt in einer Gesellschaft, die Misserfolge produziert und die den Armen ihren eigenen Misserfolg vorwirft. Man wird also die Radfahrer kommen lassen, und dann wird man ihnen sagen: Seht her, die Autobahn ist nicht für Euch gemacht.»

³ Oliver Frey ist bei der Konferenz für den verhinderten Didier Lapeyronnie eingesprungen und diskutiert daher zeitweilig aus dessen Perspektive.

Aus dem Publikum Welche Bewegung oder welche Gruppen stehen hinter den rebellischen Jugendlichen?

Aus dem Publikum Wie wird diese Politik von den Leuten wahrgenommen, die in den armen Vierteln leben? Ist diese Stigmatisierung wirklich etwas, was einfach so gelebt wird, und wie denken die Leute, die Jugendlichen darüber?

Mohamed Mechmache Man muss wissen, dass im Norden diejenigen, die auf der Straße waren, blond waren und blaue Augen hatten und trotzdem dieselben Sachen forderten wie die Dunkelhäutigen. Wir konnten auf unserer Rundreise durch Frankreich erfahren, dass es von Norden bis Süden Probleme mit der Wohnung, dem Arbeitsplatz und der Prekarität gibt. Das heißt, dass es solche Probleme in ganz Frankreich gibt.

Francois Pupponi Man muss sich darüber klar sein, dass es wirklich eine soziale Revolte ist. In diesem Land gibt es ein soziales Problem, und der November 2005 war Ausdruck dieser sozialen Revolte durch einige Jugendgruppen. Aber es sind nicht nur die Jugendlichen, die heute Veränderungen fordern. Es gibt auch andere Methoden, um Unbehagen auszudrücken. Aber in den Vierteln sind oft mehr als 50 Prozent der Bevölkerung Menschen, die erst kürzlich immigriert sind. Das sind Leute, die nicht wählen können, weil sie nicht die französische Staatsbürgerschaft haben. Von denen, die wählen können, also 50 Prozent der Einwohner des Viertels, gehen nur 50 Prozent wählen, also ein Viertel der Bevölkerung aus diesen städtischen Quartieren geht wählen. Befinden wir uns noch in einem demokratischen System, wenn nur ein Viertel der volljährigen Bevölkerung das Recht hat oder sich entscheidet zu wählen? Und wenn man die Wahlbeteiligung der 18- bis 25-jährigen genauer analysiert, wird man gewahr, dass nur 10 Prozent in dieser Altersgruppe wählen. Wir haben also ein echtes Demokratieteilnahmeproblem in Frankreich.

Noch etwas: Die Gewalt in diesen Vierteln trifft meist zuerst die eigene Bevölkerung. Die ersten Opfer sind entweder die jungen Frauen oder die jungen Mädchen. In diesen Vierteln gibt es ein echtes Problem einiger Jugendlicher in ihren Beziehungen zu Anderen. Sie haben außer Gewalt keine Ausdrucksmöglichkeiten den Anderen gegenüber. Sie haben nicht die Fähigkeit, einen Dialog mit den Anderen zu führen, also drücken sie ihre Gefühle mit Gewalt aus. Das kann sich gegen Frauen richten, gegen junge Frauen, gegen Erwachsene, gegen die Institutionen, aber das kann auch gegen die Jugendlichen sein, die auf der anderen Straßenseite wohnen. Man muss wissen, dass oft derjenige, der auf der anderen Straßenseite wohnt, als Feind wahrgenommen wird.

Oliver Frey Ich glaube, dass die Jugendlichen die Verfassung ernster nehmen, als einige Franzosen es gerne hätten. Und sie fordern mit dem Aufstand, was man ihnen verspricht: dass die Tatsache, dass sie in diesem Land geboren wurden, auch bedeutet, dass sie gleich sind, dass Kultur und ethnische Zugehörigkeit keine große Rolle spielen.

Bernard Bensoussan Gibt es eine Spaltung in Bezug auf die Werte der Republik? Gibt es wirklich eine Bedrohung dieses republikanischen Modells und der Integration, so

wie man begonnen hat, sie zu verwirklichen, und wie wir sie weiterhin träumen und institutionell fördern?

Francois Pupponi Das politische System Frankreichs basiert auf den drei Grundsätzen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Jeder ist vor dem Gesetz gleich, keine Diskriminierung wegen Rasse, Herkunft, Kultur, Religion. Also lebt man im Rahmen eines Sozialvertrags, eines nationalen Vertrags, wo jeder seinen Platz hat, nicht aufgrund seiner Herkunft, seines Glaubens, sondern aufgrund der Tatsache, dass er ein Individuum ist, ein menschliches Wesen und dass man dafür sorgen wird, dass dieses Individuum, dieses menschliche Wesen ein aufgeklärter Bürger wird, in der Lage, selbständig zu denken und an das zu glauben, was er will. Das war also die Zusammenfassung dieses Konzeptes. Mir scheint es, dass dieses Konzept immer noch aktuell ist. Auch das System der Trennung von Kirche und Staat. Ein Problem ist, dass es in bestimmten Vierteln nur noch Theorie ist, es wird nicht mehr angewandt. Warum wird es nicht mehr angewandt? Weil Frankreich, indem es diese Viertel ghettoisierte, die Abschottung und Ethnisierung forciert hat. Frankreich schafft es nicht zu sagen: Okay, diese Leute dort, sie sind da, sie existieren, wir haben sie da hingesteckt, wir hören ihnen zu, wir diskutieren mit ihnen, wir werden sie so behandeln wie Bürger, wie die Anderen. Und warum schafft es Frankreich nicht? Weil es ein politisches System hat, in dem diese Bevölkerungsgruppen nicht vertreten sind. Es gibt also eine Diskrepanz zwischen der Volksvertretung und der Bevölkerungszusammensetzung dieser Viertel. Und diese Diskrepanz ist so fürchterlich, weil in der Nationalversammlung und im Senat vor allem Leute aus dem ländlichen Frankreich sitzen, obwohl Frankreich urbanisiert worden ist.

Der französische Staat hat das Problem seiner Beziehung zur Religion im Jahre 1905 gelöst. Seit der Ankunft einer bestimmten Zahl an Immigranten stellt sich in Frankreich aber die Frage der Beziehung zwischen der Republik und einer Religion, dem Islam, neu. Und Frankreich tut sich schwer damit, auf den Islam zu reagieren.

Oliver Frey Ich möchte noch einmal Didier Lapeyronnie zitieren, er sagt: «Der Aufstand ist nicht irrational, er ist verständlich, weil der Aufstand eindeutig politisch ist, geprägt durch die Unfähigkeit einer armen und marginalen Bevölkerung, das politische System zu erreichen, und durch die Abhängigkeit von diesem System. Die Gewalt ist gleichzeitig ein rationales und wirksames Druckmittel und ein Protestmittel gegen eine unerträgliche Lage. Aber der Aufstand ist auch ganz eindeutig metapolitisch. Er appelliert an die grundlegenden Werte der Gesellschaft, stützt sich auf die Behauptung der moralischen Überlegenheit eines «Wir», der Gemeinschaft der Opfer von Ungerechtigkeit, und auch auf die Ablehnung eines mörderischen Systems, das verhindert zu leben. Die Aufständischen sind keine Revolutionäre oder Militanten. Sie sind nicht die Akteure einer sozialen Bewegung, aber sie sind auch keine Individuen, die ihren barbarischen Instinkten folgen. Ihre Aktionen sind nicht irrational und ohne Sinn, wie es jene behaupten, die ihnen feindlich gesinnt sind.» Er will also sagen, dass es auch eine politische Bewegung ist.

Mohamed Mechmache Das Kollektiv AC LE FEU hat bewirkt, dass sich viel mehr Menschen aus den Banlieues in die Wahllisten eintragen. Wir haben im ganzen Land Aktionstage organisiert, damit die Leute Initiative ergreifen, weil es nicht ausreicht

zu sagen: Es passiert nichts. Wir haben es uns nicht ausgesucht, gettoisiert zu werden. Man schafft jetzt eine neue Form des Rassismus, weil man jetzt Wohnraum nach Nationalität belegt. Das bedeutet, dass man in einem Gebäude Türken hat, in einem anderen Maghrebiner, in einem anderen Gebäude Malier und so weiter und so fort.

Es war notwendig, neues Bewusstsein zu schaffen. Das Einzige, was sich seit einem Jahr wirklich geändert hat, ist nicht die Staatsmacht, es ist das Bewusstsein der Leute. Die Eintragungen in die Wahllisten hat in den «schwierigen» Vierteln am meisten zugenommen. Ich sage eigentlich immer «so genannt schwierig», weil sie am Anfang nicht schwierig waren. Man hat dafür gesorgt, dass sie es werden.

Um noch einmal auf die Geschichte mit dem Islam zurückzukommen: Es ist merkwürdig, aber jedes Mal, wenn etwas passiert, verweist man automatisch auf die Religion. Ich bin französisch. Ich stamme aus der dritten Einwanderergeneration. Die vierte Generation kommt, und trotzdem bezeichnet man uns weiter als Einwanderer. Obwohl wir ganz und gar französisch sind.

Mir sagen oft Leute: Sie sind moslemischer Abstammung. Ich sage: Nein, ich bin Franzose. Der Rest gehört mir, gehört zu meinem Privatleben, tut mir leid. Begegnen Sie mir als Bürger Frankreichs und nichts anderes. Hören Sie auf, uns wieder falsche Diskussionen aufzunötigen, die tatsächlich nicht der Wirklichkeit entspricht, die wir heute in Frankreich haben. Man will uns immer auf andere Schwierigkeiten bringen, mit anderen Schwierigkeiten beschäftigen als mit jenen, die die Leute tatsächlich haben.

Bernard Bensoussan In drei Monaten ist Präsidentschaftswahl, Ende Juni werden wir eine neue Nationalversammlung haben. Ich frage Sie: Von all dem, was Sie gehört haben, in welchen Bereichen muss am dringendsten etwas passieren? In der Stadtmodernisierung? Oder in Bezug auf die Staatsbürgerschaft, über die man viel gesprochen hat, die politische Vertretung? Muss sich bei der Freigabe der Wirtschaftstätigkeit und dem Zugang zu Arbeitsplätzen etwas ändern? Oder in der Bildungspolitik? Was würden Sie sagen?

Samira Guerrouj Ich wollte gerade auf die republikanischen Werte zurückkommen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Man kann nicht sagen, dass mit diesen Werten gebrochen wurde. Aber seitens der Politik wird alles gemacht, damit die Jugendlichen oder die Bevölkerung der Banlieues sich nicht darin wiederfinden und sich von diesen Werten ausgeschlossen fühlen. Ich nehme als Beispiel das Gesetz, das letztes Jahr verabschiedet wurde, das Jugendliche schon mit vierzehn Jahren in die Berufsausbildung entließ. Also für den gesamten Bildungsbereich war das fürchterlich. Man kann von einem jungen Mann von vierzehn Jahren, der sich noch entwickelt hat, der nicht weiß, was er machen will, nicht verlangen, schon seinen Weg zu wählen. Das ist eine Form des Ausschlusses, da man ihm mit vierzehn Jahren sagt: Du musst jetzt deinen Weg wählen, du hast nicht mehr die Möglichkeit, dich kulturell zu bereichern, ein kleines bisschen mitzukriegen, was es auf der Welt gibt usw. Man *formatiert* ihn sofort. Ich nenne noch ein Beispiel aus dem Bereich, mit dem ich mich besonders gut auskenne, da ich mich mit straffälligen Minderjährigen befasse. Ich arbeite im Justizministerium, und dort bereitet man einen Gesetzentwurf «Zur Verhütung von Kriminalität» vor. Laut einiger Politiker ist Haft die einzige Lösung, wenn Jugendliche

Straftaten begehen. Deshalb wird man dieses Jahr sieben Strafanstalten für Minderjährige öffnen. Nach dem Motto: Sie begehen Straftaten, man schließt sie weg. Man verabschiedet sich einfach von der erzieherischen Seite, indem man das Lehrpersonal abschafft, Sozialarbeiter abschafft, Sozialverbände nicht mehr subventioniert. Wieder einmal spricht man nicht mehr von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Man versucht nicht, dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen ihren Platz haben. Man kann nicht sagen, dass sie ihren Platz nicht gefunden haben; es ist so, dass man ihnen diesen Platz nicht gibt.

Mohamed Mechmache Was die Leute fordern, ist eine richtige Arbeit, eine ordentliche Wohnung, dass man sie beachtet, dass man sie anerkennt und dass sie ihre Würde haben können.

Francois Pupponi Paradoxerweise kann man nicht sagen, dass die *Politique de la Ville*⁴ in Frankreich gescheitert ist. Wenn Frankreich jetzt so da steht, dann liegt es nicht daran, weil die *Politique de la Ville* gescheitert ist. Was ist das, die *Politique de la Ville*? Sie bestand darin, den kommunalen Institutionen zusätzliche Mittel zu geben, um zu versuchen, Probleme zu lösen. Die Schwierigkeit bestand darin, dass man uns einerseits etwas mehr Mittel für die *Politique de la Ville* gegeben hat, aber man hat uns, den Kommunen der Banlieues, an anderer Stelle Mittel weggenommen. Also, anstatt etwas mehr zu haben, hatten wir insgesamt weniger. Das ist seit fünfundzwanzig Jahren die Misere der französischen Kommunalpolitik. Und das Paradox dazu ist, dass die genannten Bevölkerungsgruppen in den ärmsten Städten Frankreichs ghettoisiert wurden. Wo die Bevölkerung am bedürftigsten ist, da haben die Kommunen am wenigsten Geld. Es gibt auf der anderen Seite Städte, die immens reich sind, die viel Geld haben und wenig sozialpolitische Bedarfe, denn die Bevölkerung hat keine Probleme. In unseren Gemeinden hingegen, wo es viel Bedarf gibt, hat man kein Geld. Wenn es etwas gibt, was man in der nächsten Legislaturperiode tun sollte, dann Folgendes: Mittel zur Verfügung stellen für Bildungspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik. In den genannten Vierteln gibt es außer Rap quasi keine Kultur.

Ich gebe noch ein Beispiel, um deutlich zu machen, dass weitere Mittel wichtig sind. In Frankreich sind es die Kommunen, die die Computer für die öffentlichen Schulen bezahlen. Es ist nicht der Staat, der zahlt, es ist das Rathaus, das zahlt. In den reichen Städten haben alle Kinder seit langem Computer an der Schule. In unseren armen Städten haben wir keine Mittel, um Computer zu kaufen. So entsteht Spaltung. Darum ist die erste Entscheidung, die getroffen werden muss, diesen Gemeinden mehr Mittel zu geben.

Auch im Wohnbereich gibt es eine schreckliche Krise in Frankreich. Sie haben in Deutschland vielleicht das Problem der Obdachlosen verfolgt, die mitten in Paris in Zelten lebten. Das ist die Realität. Das, was man machen muss, ist, diese Leute in den

4 Die «Politique de la Ville» ist eine Art Pendant zum deutschen Programm «Soziale Stadt». Bei der *Politique de la Ville* werden bauliche und soziale Maßnahmen integrativ verknüpft, es wird versucht, die wesentlichen Akteure des Stadtteils zum Engagement zu gewinnen. Die Einführung der *Politique de la Ville* war 1981 eine Reaktion auf Jugendunruhen in Lyon. Die Mittel werden situationsbedingt aufgestockt oder reduziert.

reichen Städten unterzubringen. Denn das große Problem Frankreichs ist, dass es extrem reiche Viertel und Städte und daneben sehr arme Städte hat. Man muss also diese territoriale Ungleichheit beenden, die eine französische Besonderheit ist.

Zum Weiterlesen

Frey, Oliver (2007): Sozialintegrative Stadtpolitik in Frankreich als Antwort auf städtische Jugendgewalt. In: Reutlinger, Christian / Mack, Wolfgang / Wächter, Franziska / Lang, Susanne (Hrsg.): Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa. Wiesbaden 2007, S. 138-158
Kurzfassung: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1299.asp

«Community Cohesion» oder ethnische Segregation?

Erfahrungen und Perspektiven multikultureller Politik in Großbritannien

Mit Hugh Williamson (Moderation), Ted Cante, Mike Waite, Zhora Khaku

Ted Cante Wir leben in einer sich schnell wandelnden Welt, sie ist globalisiert und wird zusehends multikultureller. Aber wir fühlen uns nicht wohl mit diesem neuen Bild von uns, mit diesem neuen Bild von Verschiedenartigkeit. Der Schwerpunkt dieser Konferenz liegt auf Unruhen, aber Unruhen sind nur ein Symptom für ein unterschwelliges Unbehagen. Aber es gibt in diesem Bereich viele andere Themen, über die wir uns Gedanken machen müssen. Natürlich ist Großbritannien multikulturell, und das seit vierzig oder fünfzig Jahren. Was jetzt anders ist: dass in den Schulen von London dreihundert Sprachen gesprochen werden, einhundertfünfzig in den meisten unserer großen Städte. Ein vollkommen neues Muster von Verschiedenartigkeit wird auf ein vorhandenes Siedlungsmuster aufgesetzt, das Muster von Abgrenzung und Segregation, von Beschränkung des Zuzugs ethnischer Gruppierungen auf städtische Gebiete, von Flucht der Weißen aus unseren Städten. Und dabei geht es nicht nur um physische Trennung. Es geht auch viel um soziale und sogar psychologische Trennung. Und was wir nach den Aufständen im Jahre 2001 herausgefunden haben, ist, dass man in Großbritannien fast das komplette Gegenteil von der Situation in Frankreich vorfindet. Das multikulturelle Modell Großbritanniens wurde voll und ganz auf die Anerkennung gegründet, dass es unterschiedliche ethnische und soziale Gruppen gibt. Großbritannien hat in die ethnische Eigenorganisation, in ihre unterschiedlichen Führungs- und Repräsentationsstrukturen investiert, auch in Gemeinschaftseinrichtungen. Tatsächlich haben wir uns offiziell als eine Gemeinschaft der Gemeinschaften beschrieben, in dieser Selbstbeschreibung schwang schon ein Bewusstsein für das Trennende mit. Im Jahr 2001 – es hätte uns nicht überraschen sollen – war es ein Schock zu entdecken, dass die Briten nun in Parallelgesellschaften lebten, wo unterschiedliche ethnische und soziale Gruppen überhaupt keinen Kontakt zueinander hatten. Es gab einen Mangel an Offenheit und Gesprächen, strukturelle Ungleichheiten, arme Bevölkerungsgruppen konkurrierten miteinander, und das allgemeine Gefühl der Spaltung führte dazu, dass es für eine Gruppe leicht war, eine andere zu dämonisieren, was oft von rechtsextremistischen Gruppen ausgenutzt wurde.

Und wir laufen Gefahr, diese Fehler mit neuen Einwanderern zu wiederholen. Wirtschaftlich gesehen steuern wir den Arbeitskräftenachschub, aber in sozialer Hinsicht tun wir relativ wenig, um die Ressourcenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen zu managen. Es gelingt uns nicht, an die unterschwelligen Einstellungen

heranzukommen. Hinzu kommt die Angst vor dem Anderen, und die Angst vor dem Anderen prägt häufig eher die weißen und «eingeborenen» Bevölkerungsgruppen als die neuen.

Wir haben auch herausgefunden, dass neue Identitätsprobleme auftauchen. Die steigende Zahl von Diasporagemeinschaften ist nun ein entscheidender Unterschied, mit dem wir und andere Länder zurechtkommen müssen. Es geht nicht nur um die nationale Identität. Nationale Identität konkurriert jetzt mit Diaspora-Identitäten aus aller Welt auf eine Art und Weise, die wir uns vorher nicht hatten vorstellen können. Und das bedeutet, dass wir das Modell des Multikulturalismus so weiterentwickelt haben, dass jetzt diese neue Herausforderung der Identität anerkannt wird. Wir haben auch verstanden, dass das multikulturelle Modell zuvor die Unterschiede betont hat sowie die Anerkennung der Verschiedenartigkeit und Eigenorganisation der ethnischen und sozialen Gruppen, was wir ja beibehalten möchten, aber wir erkennen jetzt, dass wir viel mehr in Gemeinsamkeiten und geteilte Erfahrungen investieren müssen. Und wir mussten feststellen, dass insbesondere junge Leute relativ wenige Erfahrungen teilen und somit auch relativ wenig Gelegenheit haben, gemeinsame Werte zu entwickeln.

Also haben wir uns gefragt, ob unser Multikulturalismus als Modell gescheitert ist. Wir glauben weiterhin, dass er eine richtige Antwort auf den Rassismus und die Diskriminierung in den sechziger und siebziger Jahren war. Aber jetzt müssen wir uns wieder neu ausrichten und sicherstellen, dass wir ein größeres Bewusstsein für Gemeinsamkeiten schaffen. Wir haben jetzt vierzig Jahre Antidiskriminierungs-gesetzgebung, vierzig Jahre Förderung von Chancengleichheit (Equal Opportunities⁵), aber wir schaffen es nicht, an die unterschwelligten Einstellungen und Werte heranzukommen. Und darum wollen wir uns jetzt mit neuen Ideen zum Thema Integration auseinandersetzen.

In Großbritannien gibt es im Moment eine Diskussion darüber, was Integration bedeutet. Ich glaube, dass es eine Abneigung gegen eine von oben durch den Staat bestimmte Vorstellung von Integration gibt, die auf einem modernisierten Bewusstsein von Britishsein beruht, in dem wir alle als irgendwie gleich wahrgenommen werden.

Und genau darum geht es bei «Community Cohesion⁶»: Es ist ein Ansatz von unten, bei dem die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen miteinander in Kontakt treten; sie verhandeln, wie sie sich zueinander verhalten wollen, und entwickeln aus den gemeinsamen Erfahrungen heraus gemeinsame Werte. Wir versuchen also, bei der Integration eher auf einen Ansatz von unten nach oben als einen von oben nach unten zu betonen. Unsere Vision von Community Cohesion ist eine, in der die Werte

5 Equal Opportunities wurde in Großbritannien eingeführt als eine Gleichstellungspolitik auf dem Arbeitsmarkt, die verlangte, dass bei gleicher Qualifikation bevorzugt Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch andere Minderheiten bzw. diskriminierte Gruppen eingestellt werden sollten. Große Wirkung entfaltete das Programm in den achtziger Jahren in Labour-geführten Kommunalverwaltungen. Heute ist es überall im öffentlichen und privaten Sektor üblich.

6 Community Cohesion ist ein integrationspolitischer Ansatz, der sich schwerpunktmäßig auf die kommunale Ebene bezieht und seit den Unruhen von 2001 den Diskurs von «New Labour» prägt. Ted Cantele hat nach seiner Untersuchung der Unruhen in Bradford und anderen Städten diesen Ansatz genutzt und erläutert ihn in detail in dem hier dokumentierten Vortrag.

der Menschen immer noch anerkannt und respektiert werden, aber in der wir Ungleichheiten angehen und – das ist entscheidend – gemeinsame Erfahrungen und geteilte Räume schaffen. Das passiert gerade in Blackburn, einer Stadt im Norden, wie in vielen anderen Städten. Sie versuchen, ein neues Bild von sich zu entwerfen, ein positives Bild von Verschiedenartigkeit bzw «Diversity»; aber auch, ein lokales Bewusstsein für den Ort zu entwickeln, so dass eine Zugehörigkeit und eine Verbundenheit zu jeder Kommune entsteht. Es scheint auch einfacher zu sein, ein lokales Zugehörigkeitsgefühl zu entwickeln als ein allgemeines Verständnis von «Britischsein», das niemand richtig begreift und von dem niemand weiß, wie man damit umgeht.

Vieles von der Arbeit, die wir jetzt machen, gilt dem Überwinden der Furcht vor Unterschieden. Und dies bezieht sich nicht nur auf Glauben oder auf ethnische Unterschiede. Es bezieht sich auf geschlechtliche Benachteiligung, es bezieht sich auf Homophobie und sexuelle Orientierung. Letztendlich versuchen wir sicherzustellen, dass es ein größeres Verständnis für andere gibt, wie auch immer sie sein mögen. Es überrascht uns nicht, dass es in Nordirland, dem Teil Großbritanniens, der aufgrund der Trennung zwischen Protestanten und Katholiken am stärksten segregiert ist, dass dort auch die Rate von Verbrechen aus Hass gegen Schwarze und Minderheiten am höchsten ist. Die Menschen dort fühlen sich anscheinend durch alle Unterschiede provoziert, nicht nur durch einen anderen Glauben oder eine ethnische Zugehörigkeit. Unser Ziel ist also, diese Parallelgesellschaften durch ein neues Bewusstsein für gemischte Gemeinschaften mit gemeinsamen Räumen zu ersetzen, sei es durch Freizeit, Konsum, Bildung, Sport oder Kunst.

Ein Teil der Arbeit, die wir tun, besteht darin, neue multikulturelle Führungsqualitäten bei Politikern zu entwickeln, von Leitern sozialer Einrichtungen. Wir müssen sicherstellen, dass alle öffentlichen Führungspersonen mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen auch unterschiedlich umgehen können. Und wir müssen lernen, unsere verschiedenen Gruppen und deren Entwicklungsprozesse zu verstehen. Denn alles wandelt sich schnell, unsere Statistiken, unsere Daten halten einfach nicht Schritt. Viel von dem, was wir jetzt tun, besteht einfach nur darin zu versuchen, den aktuellen Stand unserer Gemeinschaften abzubilden und sicherzustellen, dass wir sie verstehen und viel besser auf sie eingehen können. Es geht um die Idee von einem übergreifenden Sozialkapital, die Art und Weise, wie Menschen über Grenzen hinweg Freundschaften, wie sie Vertrauen zwischen unterschiedlichen Gruppen entwickeln.

In der Vergangenheit haben unsere Kommunalverwaltungen gedacht, es sei allein ihr Job, die Mülleimer zu leeren, Schulen und sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Jetzt sagen wir ihnen: Ihr habt eine wesentlich anspruchsvollere Aufgabe, und sie besteht darin zu verstehen, wie Menschen denken, ihre Einstellungen und Werte zu ändern, zu verstehen, mit wem sie Beziehungen aufbauen, zukünftige Spannungen und Schwierigkeiten zu erkennen.

Wir entwickeln Pläne, um über verschiedene ethnische und soziale Gruppen hinweg zu arbeiten, um die Barrieren zwischen den Gruppen zu beseitigen, so dass z.B. eine schwarze Schule und eine weiße Schule eine Beziehung entwickeln, eine positive Beziehung, dass sie zusammenarbeiten. Hunderte von Schulen haben jetzt auf dieser Grundlage Partnerschulen. Hunderte unterschiedlicher Gemeinschaftszentren und -organisationen, Hunderte verschiedener Kirchen und Moscheen und

Tempel versuchen, Beziehungen zueinander zu knüpfen, um Verständnis und gemeinsame Werte zu entwickeln. Und das bedeutet natürlich, dass die Kommunen neue Partnerschaften aufbauen müssen. Dafür bedienen sie sich schamlos lokaler Berühmtheiten, Fußballstars usw., um zu versuchen, Brücken zwischen verschiedenen Gruppen aufzubauen.

Dies ist ein Programm, das nicht auf schnelle Lösungen setzen kann. Es geht um Bildung, Wohnen, Beschäftigung, wie man mit Medien umgeht. Wir müssen die Art ändern, wie die Polizei auf kommunaler Ebene arbeitet; wir brauchen einen Wiederaufbau unserer Jugendeinrichtungen, unserer Sportprogramme.

Es ist nicht entscheidend, ob wir Unruhen haben oder nicht. Unseren Erfolg erkennen wir daran, ob wir Chancengleichheit haben, ob wir einige der strukturellen Ungleichheiten beseitigt haben, ob die fortdauernden täglichen Verbrechen aus Hass weniger werden oder ansteigen. Und schließlich, ja, auch daran, ob es weniger Unruhen gibt.

Wir werden uns in Zukunft zwei großen Problemen stellen müssen. Erstens: Wie lernen wir, angemessen mit unserem Planeten zu leben? Zweitens: Wie lernen wir, miteinander zu leben? Beides steht aufgrund der fortschreitenden Klimaveränderungen miteinander in Verbindung, denn durch diese werden wir Migration in einem Ausmaß erleben, wie wir bisher noch nicht einmal angefangen haben, sie uns vorzustellen.

Mike Waite Ich möchte Sie alle einladen, Burnley zu besuchen. Burnley ist eine Stadt von ungefähr neunzigtausend Einwohnern. Eine der zahlreichen Städte, die nördlich von Manchester liegen, eine größere Stadt in Nordwestengland. Es ist eine Stadt, die seit den sechziger Jahren arge Verfallserscheinungen zeigt und ernste Probleme hat. Die traditionellen Industriezweige wie Baumwollverarbeitung, Kleidungsproduktion und Bergbau sind verschwunden, und es ist leider so, dass wir uns wirtschaftlich nicht erholt haben. Die Stadt ist weiterhin im Abwärtstrend, und das zeigt sich an sozialen Problemen, niedrigem Bildungsstand, Wohnproblemen, niedrigen Löhnen. Ungefähr 10 Prozent der Bevölkerung kommen aus schwarzen und anderen ethnischen Gemeinschaften, die immer noch «Asiaten» genannt werden, obwohl ihre Eltern oder Großeltern schon in den sechziger oder frühen siebziger Jahren aus Pakistan oder Bangladesch gekommen sind. Die meisten der «asiatischen» Menschen in Burnley sind in Burnley geboren und haben dort ihr ganzes Leben verbracht. Ich bin problemlos in der Stadt akzeptiert worden, obwohl wir erst seit wenigen Jahren hier wohnen.

In den neunziger Jahren betrachtete sich Burnley als eine normale Stadt im Norden, und wir selbst sahen uns als ganz normale Mitarbeiter einer Gemeindeverwaltung, die ihre Arbeit machten, ein Wohnprojekt betreuten, ein Freizeitzentrum oder ein Gemeinschaftsgebäude und normale Dienstleistungen bereitstellten. Aber im Sommer 2001 geschah außergewöhnliche Dinge in Burnley. Im Sommer dieses Jahres gab es vier Tage lang Aufstände, und wir fühlten uns, als wären wir das Zentrum der Welt, so viele Menschen kamen nach Burnley. Die Weltpresse war da, es gab Beamte und Wissenschaftler, die aus den Zügen stiegen, um nachzusehen, was los war. Und was in jenen Tagen geschah, war sehr ernst und schrecklich. Gebäude wurden angezündet, Autos brannten, es gab Straßenkämpfe zwischen jungen Asiaten und der Polizei, zwischen jungen weißen Männern und älteren weißen Männern und

der Polizei; viele Vorfälle aufgrund von Hass in unterschiedlichen Stadtteilen, es war sehr bedenklich.

Solche Ereignisse sind sehr ernste Zeichen für Spaltung. Wir waren keine gewöhnliche Stadt mehr, wir waren außergewöhnlich, und wir mussten erst einmal den Schock dieser Tage verarbeiten. Etwa eine Woche nach den Vorfällen organisierten wir eine Versammlung, damit die Polizei, der Rat, die Vertreter verschiedener Gruppen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Moscheen und die Kirchen zusammenkamen. Daraus bildeten wir eine lokale Einsatzgruppe, die an die Arbeit anknüpfte, die Professor Cantle auf nationaler Ebene gemacht hat, um zu verstehen, was in den Städten im Norden geschehen war. Es hatte nämlich ähnliche ernste Zwischenfälle in anderen Städten im Norden Englands gegeben. Ich erinnere mich, dass ich in einer kommunalen Mitarbeiterversammlung saß und frustriert davon war, als die Leute sagten, dass dies aus heiterem Himmel gekommen sei. Dabei hatte es vorher in Burnley Brandstiftungen gegeben, die rassistisch motiviert waren, es hatte ein großes Ausmaß an rassistischen Zwischenfällen gegeben, es hatte Kämpfe zwischen jungen Leuten und der Polizei gegeben. Alles nicht plötzlich und überraschend. So konnten diese Zwischenfälle aber wegerklärt oder isoliert behandelt und in ihrer Bedeutung heruntergespielt werden.

Die Einsatzgruppe fand heraus, dass es eine Reihe von größeren Schwierigkeiten und Problemen gab, die durch die Aufstände aufgezeigt wurden. Probleme, die mit der Identität und dem Verlust der Sicherheit darüber, was das Leben bringen würde, zu tun hatten.

In den neunziger Jahren hatten wir in England viele Stadterneuerungsprojekte, wirtschaftliche Regenerationsprojekte. Ich war für die Betreuung der Projekte verantwortlich, die in den Teilen von Burnley angesiedelt waren, wo viele asiatischstämmige Menschen lebten. Es ist eine große Aufgabe, diese Projekte zu betreuen, die endlosen Formulare auszufüllen, die man braucht, um Geld zu bekommen. Während wir gute Arbeit in einer speziellen Gegend machten, waren Menschen in anderen Stadtteilen frustriert und grollten, dass wir uns auf bestimmte Bedarfe konzentrierten und ihre Bedarfe nicht zu sehen schienen. Aber rechte Politiker und anderweitige rechte Organisationen sahen sie. Es gibt seit 1991 eine starke Präsenz der weit rechts stehenden politischen Partei British National Party, die ihre ersten Wahlerfolge im Rat von Burnley im Jahr nach den Unruhen hatte; es war der erste Wahlerfolg, die sie in Großbritannien feiern konnte.

Ich möchte die Notwendigkeit hervorheben, die Aufstände und die deutlich sichtbaren Konflikte etwas zu relativieren. Sie sind nur die Spitze des Eisbergs. Es geht bei den Problemen, denen wir heute unsere Aufmerksamkeit schenken, nicht nur um die Menschen in der Banlieue oder in den armen Städten und Gegenden wie Burnley, sondern um die größeren gesellschaftlichen Verwerfungen und sozialen Spaltungen, die zwischen Menschen bestehen.

Zhora Khaku Wenn man die Statistiken betrachtet, kann man sehen, dass wir im Allgemeinen die zweite und dritte Generation von Muslimen sind, vielleicht jetzt sogar die vierte. Das schafft etliche Identitätsprobleme. In der Beratungsstelle⁷

7 Zhora Khaku repräsentiert die Muslim Youth Helpline.

scheinen wir damit klarzukommen. Junge Muslime haben die gleichen Probleme wie Nicht-Moslems. Darum haben wir viel mit Gesundheit, Depressionen, selbstverletzendem Verhalten, Angst, Beziehungsproblemen und solchen Dingen zu tun. Aber wenn Identität ins Spiel kommt, kommen die ganzen religiösen und kulturellen Probleme zu diesen ganzen «Melting pot»-Problemen dazu. Das sind junge Leute, die versuchen, ihre Identität zu finden, wie das bei allen jungen Leuten der Fall ist. Der Unterschied besteht darin, dass sie nicht einfach nur versuchen, ihre eigene Identität zu finden, sondern dass sie mit mehreren Identitäten jonglieren. Also, sie sind britisch, sie sind Muslime, sie sind schwarz, sie sind weiß, sie haben eine ganze Reihe von Etiketten, die sie sich sozusagen aufkleben. Es wird von ihnen erwartet, dass sie eine Brücke bilden zwischen der Gesellschaft, aus der ihre Familie kam, und der Gesellschaft, in der sie hier leben. Und die Schwierigkeit dabei ist, dass sie nicht zu der Gesellschaft gehören, aus der ihre Eltern oder Großeltern kamen. Sie haben das Gefühl, dass sie zu der Gesellschaft gehören, in der sie leben, müssen aber erkennen, dass für ihre Bedürfnisse nicht gut gesorgt wird. Und so finden sie sich irgendwo wieder, wo sie nicht ganz sicher sind, wer sie sind oder woher sie kommen. Ich nehme mich selbst als Beispiel. Meine Eltern lebten in Pakistan und in Afrika, und ich bin mir nicht ganz sicher, wer woher kam und wie die Geschichte sich entwickelt hat, aber wenn in London jemand zu mir sagte: «Geh nach Hause!», dann hätte ich keine Ahnung was er meint.

Eine andere Sache, die die Denkweise der jungen Muslime in England beeinflusst, ist Außenpolitik. Die jungen Leute fühlen sich frustriert und ohnmächtig. Wenn ich mich jetzt mal in die Lage eines 18-jährigen Pakistani versetze, der z.B. in East London lebt: Großbritannien glaubt offensichtlich, dass die Leute mit in den Krieg gegen Irak ziehen. Er ist aber nicht damit einverstanden. Was macht er? Er geht demonstrieren, nutzt seine Wählerstimme, wählt eine Partei, die nein sagt zum Krieg. Und was passiert? Großbritannien tritt in den Krieg ein. Was macht er jetzt? Hier gelangen diese Jungen an den Punkt, wo sie wirklich nicht sicher sind, was sie tun sollen. Der Grund, warum sie nicht wissen, was sie tun sollen, ist, dass sie ohnmächtig und entrechtet sind. Sie haben das Vertrauen in Fairness verloren und in die Bereitschaft, das Völkerrecht unparteiisch anzuwenden.

Betrachten wir den Unterschied zwischen Religion und Kultur. Muslimische Frauen verkörpern diesen Unterschied zwischen Religion und Kultur geradezu. Nehmen Sie z. B. eine 17-jährige Muslimin, die ein Kopftuch trägt. Sie würde die Forderung ihres Vaters, sie zu verheiraten, zurückweisen, weil das nicht mehr ihren kulturellen Vorstellungen entspricht. Aber sie besteht auf dem Kopftuch, weil sie Muslimin ist. Diese jungen Frauen treffen diese Unterscheidung zwischen Religion und Kultur, weil sie das Gefühl haben, dass die Religion ein Teil der Gesellschaft ist, in der sie leben; und sie glauben, dass sie britisch und muslimisch und damit stolz und glücklich sein können. Vielleicht passt hier die Bezeichnung «islamischer Feminismus».

Muslime haben in Großbritannien die höchste Arbeitslosenquote und die geringsten Bildungschancen. Wir stellen 3 Prozent der Bevölkerung, aber 10 Prozent der Gefängnispopulation und sind in den Parlamenten nur ganz schwach vertreten. Ich halte das nicht für einen Zufall. Junge Muslime, die keine Bildungschancen und nichts zu tun haben, da sie arbeitslos sind, fühlen sich wirklich entrechtet und ohnmächtig. Und das ist möglicherweise der Punkt, wo der Extremismus ins Spiel

kommt. Um ein guter Bürger zu sein, muss ein Mensch sich anerkannt und nützlich fühlen. Du musst einfach Wertschätzung erfahren und anerkannt sein in der Gesellschaft, in der du lebst.

Sharon Otoo (aus dem Publikum) Mir fehlt bisher, dass hier über institutionellen Rassismus und weiße Privilegien diskutiert wird. Die Kultur, über die wir reden, ist auf kolonialen oder sehr rassistischen Bedingungen gegründet worden, und diese Altlasten wirken sich noch heute auf die Menschen aus. Ich vermisse eine Diskussion über diese Machtverhältnisse. Wir reden viel über die Jugend und wir reden viel über Menschen, die die Sprache nicht sprechen, Menschen, die nicht integriert sind. Ich frage mich nur, wie viele Fortschritte wir machen werden, wenn wir auf dieser Stufe stehen bleiben. Ted Cattle hat erwähnt, dass es seit vielen Jahren eine Antidiskriminierungsgesetzgebung in Großbritannien gibt. Das stimmt. Der Race Relation Amendment Act war für mich absolut wichtig, da er zum ersten Mal die Institutionen zwingt zu beweisen, dass sie sich nicht auf rassistische Art und Weise verhalten.

Hugh Williamson Wir haben von Arbeitslosigkeitsproblemen gehört, wir haben von Identitätsproblemen gehört. Das sind auch Probleme im Hinblick auf die Art, wie Städte organisiert sind. Wir haben jetzt auch von institutionellem Rassismus gehört. Wie würden Sie die Ursachen dieser Probleme benennen?

Mike Waite Der Stadtrat von Burnley hat nicht das gemacht, was er tun muss, um auf die Bedürfnisse der schwarzen und ethnischen Minderheiten betreffend Wohnung und Bildung in unserer Stadt einzugehen. Schwarze werden auf all diesen Gebieten diskriminiert, und wir haben noch nicht den Standard erreicht, der erreicht werden muss. Die Anstrengungen, die unternommen wurden, sind aber Schritte in die richtige Richtung. Es gibt aber auch Rückschläge und heftige Reaktionen der weißen Bevölkerung. Es gibt, wie erwähnt, eine rassistische politische Partei, die im Rat von Burnley vertreten ist, die jede Aktion, die wir machen, um auf die Bedürfnisse der schwarzen ethnischen Minderheit in der Stadt einzugehen, in Frage stellt und behauptet, dass wir mit unseren entsprechenden Bemühungen die Bedürfnisse anderer Menschen außer Acht lassen. Das ist falsch, aber man muss sich damit auseinandersetzen. Wir dürfen bei unseren Maßnahmen gegen Rassendiskriminierung die Bedürfnisse der anderen Gemeinschaften nicht vergessen.

Ted Cattle Ich stimme dem Punkt zu, dass wir den ganzen institutionellen Rassismus und die Benachteiligung zum gleichen Zeitpunkt angehen müssen wie die Förderung des Zusammenhaltes. Tatsächlich schließt die eigentliche Definition von Community Cohesion ein, dass man Ungleichheiten kontinuierlich bekämpft. Sie können keine Gesellschaft haben, die zusammenhält, wenn die eine oder andere Gruppe sich stark benachteiligt fühlt. Ich glaube jedoch, dass es zwei Probleme gibt, die sich aus unseren Erfahrungen ergeben haben. Eines ist, dass die Antidiskriminierungsgesetzgebung allein nicht genug ist. Wir hatten eine kontinuierliche Verschärfung der Antidiskriminierungsgesetzgebung. Wir glaubten, dass das nicht nur das Verhalten der Menschen steuern würde, sondern dass sie auch die Werte hinter der Gesetzgebung verinnerlichen würden – was nicht passiert ist. Also müssen wir die Einstellungen und die Werte der Leute verändern und gleichzeitig neue Gesetze entwickeln.

Das andere Problem: Wir haben unsere Maßnahmen in Bezug auf ethnische Diskriminierung verschärft, aber während dessen ist das Problem des Glaubens mehr und mehr in den Vordergrund gerückt. Wir müssen also bereit sein zu neuen Vorgehensweisen.

Wir haben viele Talente aus den ethnischen Minderheiten, die nicht genutzt werden, und das führt zu Frustrationen und setzt Benachteiligung fort. Die höchsten Arbeitslosigkeitsraten sind bei ethnischen Minderheiten zu finden, auch die niedrigsten Löhne usw. Darum müssen wir die strukturellen Ungleichheiten beseitigen und die Beschäftigungsprobleme lösen. Auch sind viele der Jobs bei britischen Minderheiten sehr stereotyp. Etwa die Hälfte aller Männer aus Bangladesch sind offensichtlich im Catering beschäftigt, und ein anderer großer Teil ist Taxifahrer. Gleichzeitig wachsen die Minderheitengruppierungen am schnellsten, da gibt es eine Menge junger Talente, die gefördert werden müssen. Außerdem hat sich mittlerweile herausgestellt, dass die wirtschaftlich erfolgreichsten Städte die multikulturellen sind. Die größte Kreativität, die dynamischsten Ökonomien sind dort zu finden. Beispiele sind Städte wie Manchester und Newcastle und natürlich London, sie alle boomen. In London z. B. haben 30 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Im politischen Bereich sind Minderheiten aber unterrepräsentiert, dagegen sind sie in den Medien fast schon überrepräsentiert, in der BBC und in anderen führenden Institutionen sind sie sehr deutlich sichtbar. Ebenso im Sportbereich: sehr deutlich sichtbar und sehr herausragend. In den letzten zwanzig Jahren hatten wir durch Chancengleichheits- und Antidiskriminierungsprogramme einigen Erfolg. Diese Programme gehörten in den achtziger Jahren zu den Loony Lefties⁸ und sind heute Mainstream geworden, was nicht heißt, dass der institutionelle Rassismus nicht mehr existiert.

Mike Waite In Burnley und in vielen anderen Orten und Städten in Nordengland ist physische Segregation ein großer Teil des Problems. In einem Viertel meiner Stadt gehören 75 Prozent der Bevölkerung zur schwarzen ethnischen Minderheit; in zwölf Stadtteilen sind es weniger als 2 Prozent. So ist das Muster der Wohnsegregation. Das setzt sich natürlich im Bildungsbereich fort. Und das ist auch einer der Gründe, warum es an Kontakten und an gegenseitigem Verständnis mangelt. Diese «Parallelgesellschaften» sind eine fortdauernde Realität in Burnley und in den anderen Städten im Norden Englands. Die Menschen haben ihre Arbeit, bilden sich, nutzen die Gesundheitsdienstleistungen in den Gemeindezentren und haben vielfach sehr ähnliche Lebenserfahrungen in Burnley – aber getrennt.

Hugh Williamson Ich fand die Idee von Ausbildungskursen für Politiker vorhin sehr interessant. Können Sie ein paar ganz konkrete Beispiele dafür geben, wie das funktioniert, was Sie tun und wie Politiker auf diese Ausbildungskurse reagieren?

Ted Cattle Das erste, was wir tun, ist zu vermeiden, sie Ausbildungskurse zu nennen. Politiker mögen die Vorstellung nicht, dass sie ausgebildet werden sollen oder dass sie

⁸ Als «loony left» wurden in den achtziger Jahren die linken Stadtregierungen bezeichnet, die die Equal Opportunities-Programme auf breiter Basis einführten.

ausgebildet werden können. Es geht also darum zu versuchen, sie in Gespräche einzubinden, wo die Art von Diskussion, die wir führen, besser verstanden wird. Und wir haben alle möglichen Wege gefunden, dies auf eine interaktive Art und Weise zu tun, um sie mit der Unwissenheit über ihre eigenen Wähler zu konfrontieren, um ihnen klar zu machen, dass ihre Zukunft als Politiker davon abhängt, einige der Minderheitenstimmen zu bekommen, und dass mit Sicherheit die Zukunft ihres Ortes davon abhängt, dass sie ihn verstehen.

Wir haben einige wirklich bedeutsame Fortschritte gemacht, und der möglicherweise bedeutsamste ist, dass wir die Konservativen, Labour, Liberaldemokraten und grünen Parteien dazu gebracht haben, politische Selbstverpflichtungen zu unterzeichnen, mit denen sie sich verpflichten, Minderheiten nicht gegeneinander auszuspielen, was die extreme Rechte auf nationaler Ebene klein gehalten hat.

Mike Waite Zur Geschichte von Burnley gehört auch die Art und Weise, wie Leute positiv reagiert und Beziehungen geknüpft haben. In den Tagen nach den Unruhen traf der Imam der örtlichen Moschee zum ersten Mal den Priester der örtlichen Kirche. Sie sind zueinander gekommen, um festzustellen: In unserem Gebiet ist etwas passiert; wir müssen reden. Seitdem gibt es ein Netzwerk zwischen den Glaubensgemeinschaften. Es gibt Arbeitsprogramme für Jugendliche und gemeinsame kulturelle Aktivitäten. Das Verständnis füreinander ist gewachsen. Die Probleme der Segregation sind immer noch da, aber wir versuchen eine Situation zu schaffen, in der Trennung nicht unbedingt Polarisierung heißen muss. Menschen können in unterschiedlichen Stadtteilen leben, aber die Frage ist: Fühlen sie sich wohl dabei, in andere Stadtteile zu gehen? Wir glauben, dass die Entwicklung in die richtige Richtung geht, aber der Weg ist noch weit.

Es gibt einen großen Unterschied zwischen der Art und Weise, wie über nationale Identität in Frankreich und in Großbritannien geredet wird. In Frankreich gibt es den einfachen, vereinheitlichenden Slogan, der die Gemeinschaft betont und der besagt: Dies ist die Identität, mit der Du Franzose sein kannst. In Großbritannien gibt es das nicht. Großbritannien hat eine komplexere und holprigere Geschichte um die nationale Identität. Deshalb wird in Großbritannien diskutiert, wie man eine britische Identität fördern kann. Ich glaube nicht, dass es eine einfache Antwort gibt. Ich glaube nicht, dass wir sagen können: Britisch sein, das ist Tee und Shakespeare, und jeder kann das unterschreiben. Ich glaube, dass wir wirklich die Vielfalt und die Uneindeutigkeit anerkennen müssen und darüber reden, wie wir damit umgehen. Du kannst einen Schleier tragen und britisch sein. Es gibt ganz viel Verschiedenheit.

Hugh Williamson Es gibt im Moment auch eine Diskussion in Großbritannien darüber, ob Leute englisch, schottisch, walisch oder irisch sind. Oder nicht? Wie verhält sich das zu der Diskussion um Minderheiten?

Ted Cattle Eine Menge Leute leben in sehr abgeschotteten Gemeinschaften. Und es gibt nur wenige Versuche, Verständnis und Vertrauen zwischen den verschiedenen Gruppen zu schaffen. Unter den jetzigen Umständen, zum Beispiel, werden die muslimischen Gruppen dämonisiert. Viele weiße britische Gegenden haben keinen Kontakt zu muslimischen Gruppen und umgekehrt. Wir mussten ganz weit unten versuchen, das zu verändern und Methoden zu entwickeln, wie diese Gruppierungen

anfangen können, Beziehungen zueinander aufzubauen. Wir haben das «banale Begegnungen auf der Straße» genannt und dann auf kommunaler Ebene versucht, neue Bilder und Assoziationen zu entwickeln, so dass sich die Leute selbst anders wahrnehmen und verschiedene Bilder von Britishsein entwerfen können.

Zohra Khaku Ich glaube auch, dass die kleinen Dinge wirklich helfen. Der Grund dafür ist Vertrauen. Bei Vertrauen geht es um alltägliche Dinge, die sich langsam aufbauen.

Mike Waite Ich möchte mit einer Geschichte enden von einem jungen weißen Mann, den ich kenne, der im Jahr 2001 vierzehn Jahre alt war. Bei den damaligen Aufständen hat er mitgemacht, einen kleinen Laden in der größtenteils weißen Gegend zu zerstören, in der er lebte. Der Laden gehörte einer asiatischen muslimischen Familie. Im Laufe von ein paar Monaten haben wir ihn überzeugt, einen Jugendclub zu besuchen, der hauptsächlich ein asiatisch-muslimischer Jugendclub in einem anderen Stadtteil war. Er ging ein bisschen widerstrebend hin und genoss es schließlich. Als er in seine eigene Gegend zurückkam, wurde er von seinen Freunden zusammengeschlagen, weil er ein «Paki-Freund» sei. Was tat er? In der nächsten Woche ging er wieder in den muslimischen Jugendclub. Ein paar Wochen später überzeugte er einige seiner Freunde davon mitzukommen. Er ist jetzt Jugendarbeiter in der Stadt. Das ist keine Kleinigkeit, das ist das Größte in seinem Leben, und das ist die Art von Geschichte, die, wenn sie wieder und wieder passiert, die Verhältnisse verändert.

Zum Weiterlesen

Ted Cante (2005): *Community Cohesion: A New Framework for Race and Diversity* – Palgrave Macmillan

Ted Cante (2001): *Community Cohesion: A Report of the Independent Review Team* – Home Office Burnley 06 – The Real Story

www.burnley.gov.uk/therealstory or <http://www.burnleyactionpartnership.com/>

Derek McGhee (2003): Moving to 'our' common ground – a critical examination of community cohesion discourse in twenty-first century Britain, *The Sociological Review* 51 (3), 376 - 404

Karneval oder Kampf der Kulturen? Wohin steuert Deutschland?

Mit **Hartmut Häußermann (Moderation)**, **Burak Copur**, **Carsten Keller**, **Uwe-Jens Walther**, **Filiz Genc**

Hartmut Häußermann Worum handelt es sich eigentlich, wenn wir über den Zusammenhang von Jugendunruhen, Stadt und Migration sprechen? Ist es ein Problem des Städtebaus oder der Stadtstruktur? Sind es vor allem soziale Probleme? Sind es vor allem jugendkulturelle Probleme? Ist es vor allem ein Problem der politischen Integration? Ist es vor allem ein Problem von Anerkennung und Respekt? Oder ist es ein Clash der Kulturen? Was ist damit gemeint?

Burak Copur Es gibt Gemeinsamkeiten in Frankreich und in Großbritannien. In Frankreich hat man gesagt: «Ihr seid alle Franzosen, ihr habt die gleichen Rechte.» In Großbritannien ist es ähnlich, man wird als Engländer akzeptiert. In Frankreich hat man den Menschen Gleichheit versprochen, aber sie ungleich behandelt. Dieses republikanische Gleichheitsversprechen war mehr oder minder eine Selbsttäuschung. Und in beiden Ländern ist eine institutionelle Diskriminierung vorhanden, in beiden Ländern kann man Ausgrenzung und Exklusion wahrnehmen. Wir Deutsche sind da viel ehrlicher zu unseren Migranten und Ausländern. Wir sagen nämlich zu den Jugendlichen: «Ihr seid Ausländer.» Und Ausländer sind bekanntlich rechtlich nicht gleichgestellt und gehören auch nicht zu Deutschland. Somit gibt es auch kein republikanisches Gleichheitsversprechen wie in Frankreich. Und wir haben auch ein anderes Verständnis von Einwanderung. Wir wollen ein Einwanderungsland sein, aber wir sind es de facto nicht. Deutschland ist im Moment ein Auswanderungsland, das heißt, es gehen mehr Menschen aus Deutschland weg, als tatsächlich reinkommen. Es gibt auch kein Einwanderungsgesetz, sondern der offizielle Titel ist «Zuwanderungsbegrenzungsgesetz». Ein anderer wichtiger Punkt ist unser Staatsbürgerschaftsrecht, dass eher ein Einbürgerungsverhinderungsrecht ist, wenn man berücksichtigt, dass ab 2000 die Einbürgerungen, die damals bei 180.000 pro Jahr lagen, jetzt mittlerweile auf fast 100.000 gesunken sind. Auch die Flüchtlingspolitik verhindert eher Einwanderung: Mal abgesehen von der Mini-Bleiberechtsregelung, die die Innenminister beschlossen haben, sitzen die Menschen weiterhin auf gepackten Koffern.

Was wir gemeinsam mit Frankreich und England haben, das ist die soziale Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, die Diskriminierung durch das Schulsystem. Ich würde sogar sagen, wir haben eine Bildungsapartheid: die Schwarzköpfe und die Schwachen auf einer Schule und die Starken und die Blondinen in der anderen Schul-

form. Also, wir nehmen an, die Anerkennungskultur funktioniert, die Jugendlichen identifizieren sich mit Deutschland, werden aber weiterhin ausgegrenzt – wenn dann Anspruch und Wirklichkeit auseinander klaffen, dann werden wir französische Verhältnisse haben, dann kann ein kleiner Funke zu einem Flächenbrand wachsen. Wenn wir dann noch auf diese Probleme repressiv reagieren, also mit Polizeigewalt darauf reagieren, und wenn wir einen Bundesinnenminister haben, der die Türken «Gesindel» nennt, wie der französische Innenminister das getan hat, dann, glaube ich, können wir eine solche Intifada auch in Deutschland bekommen. Meine These lautet also: Je besser die kulturelle Integration gelingt, auf der anderen Seite aber die soziale Ausgrenzung weiter bestehen bleibt, desto größer ist das Konfliktpotential in einer Gesellschaft. Das Beste wäre natürlich, wir bekommen ein integriertes Bildungssystem, und wir fördern weiterhin die Identifikation mit dem Stadtteil. Menschen, die sich mit ihrem Stadtteil identifizieren, werden auch weniger Krawall machen und weniger Gewalt ausüben.

Carsten Keller Es handelt sich im europäischen Vergleich eigentlich nur um graduelle Differenzen und Unterschiede. Wir haben auch in Deutschland benachteiligte Quartiere, wo Ost und West sicherlich zu unterscheiden sind. Der erste wichtige Punkt: die Großsiedlungen am Stadtrand. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung wohnen in Frankreich in diesen Großsiedlungen, überwiegend sozialer Wohnungsbau, in Westdeutschland sind es drei Prozent, in Ostdeutschland aber schätzungsweise 15 Prozent. In Ostdeutschland gibt es auch so viele Großsiedlungen durch die zentralstaatliche Planung. Natürlich sind Unterschiede da, aber generell konzentrieren sich in diesen Siedlungen, auch in Deutschland, junge Menschen, die unteren sozialen Schichten mit geringem Bildungsabschluss, geringem Einkommen, Arbeitslosigkeit. Und die Probleme dort, das ist auch eine Gemeinsamkeit mit Frankreich, wachsen. In Ostdeutschland kennen wir auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die mit 19 Prozent fast französische Ausmaße (22 Prozent) hat. Die Segregation ist in Ostdeutschland aber nicht so markant und jung.

Uwe-Jens Walther Es gibt in Deutschland auch gelegentlich Gruppenmassierungen von Jugendlichen, die sich mit der Polizei auseinandersetzen, das endet in Deutschland aber in aller Regel in Gesprächen, in Mediationsgesprächen. Es führt eben nicht dazu, dass ein Funke überspringt. Außerdem liegt die deutsche Banlieue in der Stadt und nicht vor den Toren der Stadt, sie ist sauberer, hat bessere Autos. Und Deutschland hat kein koloniales Erbe, zumindest nicht in diesem Ausmaß, und geht also auch mit Zuwanderung anders um.

Filiz Genc Als ich ein Kind war, habe ich mit auf den Weg bekommen, dass Integration bedeutet: dass man keinen Stress mit der Polizei hat, dass man seine Rechnungen bezahlt, dass man sich möglichst ruhig verhält, damit man bloß nicht abgeschoben wird, falls es mal politisch brenzlig sein sollte. Dementsprechend wurde ich erzogen. Ich glaube, die erste und zweite Generation der Migranten hier sind diesem Leitfaden gefolgt, bis dann der Traum, dass man irgendwann zurückkehren kann, ausgeträumt war. Und jetzt stellt man fest, ja, wir sind ein Teil dieses Landes, aber wir wissen gar nicht, wie man sich als mündiger Bürger verhalten soll. Im letzten Jahr hatte ich ein Projekt, in dem es darum ging, dass in Kreuzberg Migrantenbetriebe Ausbildungs-

plätze schaffen, und als ich dann die Adalbertstraße hoch und runter gelaufen bin und die einzelnen Betriebe informiert habe, waren die überrascht, denn sie dachten, man darf zum Beispiel nur dann ausbilden, wenn man einen deutschen Pass hat. Ein allgemeines Problem ist also, dass Migranten nicht ausreichend darüber informiert sind, was sie machen dürfen und was nicht und was eigentlich ihre Möglichkeiten sind. Wenn die Migrantenvereine, aber auch der Staat, etwas mehr Geld in die Projektarbeit stecken würden, dann ließe sich das sicher beheben. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass Aufstände in Deutschland je ähnliche Ausmaße erreichen sollten wie in Frankreich. Das finde ich sogar ein bisschen absurd. Ich sehe das auch im musikalischen Bereich, wenn man jetzt zum Beispiel auf einem HipHop-Konzert ist, da ist es eigentlich völlig egal, ob neben mir ein Deutscher steht oder ein Araber – die Probleme sind gleich. Es gibt ja auch Deutsche, die Hartz IV empfangen. Es ist ja nichts Kulturelles, wenn man keine Arbeit findet. Und von daher finde ich das eine Panikmache, um ehrlich zu sein.

Carsten Keller Mit dem Gesetz zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht, das 2000 in Kraft trat, wurde zum ersten Mal das Jus-soli-Prinzip richtig eingeführt, und erst im Jahre 2005 wurde Deutschland offiziell als Einwanderungsland bezeichnet. Seitdem ist staatlicherseits einiges passiert: Integrationsgipfel, Arbeitsgruppen, der Begriff der Integration wird politisch. Wenn man das jetzt beispielsweise mit Frankreich vergleicht, dann erkennt man eine Tendenz der Angleichung. Wir hatten zum Beispiel in der konservativen Regierungsphase in den neunziger Jahren die Aufhebung des Jus soli in Frankreich, was erst mit den Sozialisten wieder eingeführt wurde. Gerade ist von Sarkozy ein neues Migrationsgesetz verabschiedet worden, was die Einbürgerung erschwert. In Frankreich wurde beispielsweise abgeschafft, dass man sich als Illegaler nach zehn Jahren legalisieren kann. Das ist eine Annäherung an Deutschland.

Es geht immer auch um die soziale Identität der Migranten – und das in allen Ländern. In England hat man natürlich viel stärker das Modell der «Communities», das Miteinander und das Nebeneinander. Der Konsens wird dann schwierig, wenn eine soziale Benachteiligung vorliegt, ebenso eine institutionelle Diskriminierung, die dann in Konfrontation mit der Polizei ausartet. Das ist entscheidend. Hier ist dann in der Tat auch der koloniale Hintergrund wichtig.

Uwe-Jens Walther England und Frankreich sind in einer Phase, die wir noch nicht erreicht haben. Entscheidend sind die Spielregeln, nämlich die Staatsbürgerschaft. Die sind da klar geregelt, und daran wird die Politik gemessen, ganz deutlich in Frankreich am republikanischen Ideal; in England am Common Wealth der Communities. Wenn man unsere Innenminister hört und ihre Instrumente anschaut, wie den nationalen Integrationsplan, dann hat man schon das Gefühl, es herrscht noch sehr stark die Vorstellung, dass Integration von oben nach unten funktioniert. In zehn Jahren wissen wir mehr, ob wir dann an den Normen der Staatsbürgerschaft gemessen werden.

Hartmut Häußermann Für die Integration, sind da eigentlich Rechte besonders wichtig, also ein Staatsbürgerschaftsrecht mit all den politischen Rechten, oder ist es eher die Frage des kommunalen Zusammenlebens? Muss man die Politiker trainieren, damit sie besser verstehen, was in ihrer Gemeinde passiert? Muss man das

Zusammenleben einüben, indem man die Diasporas, die nebeneinander herleben, miteinander in Kontakt bringt? Wie sieht das in Ihrer kommunalpolitischen Praxis aus?

Filiz Genc Ich glaube nicht, dass Chancengleichheit unbedingt mit dem Pass zusammenhängt, denn selbst wenn ich den deutschen Pass habe, aber eine dunklere Hautfarbe oder einen unleserlichen Nachnamen, ist es eigentlich völlig egal, ob ich deutsch Staatsbürgerin bin. Ich kriege den Ausbildungsplatz trotzdem nicht. Das ist das, was ich, in Kreuzberg vor allem, von meinen Jugendlichen, die ich da betreue, meistens erfahre. Chancengleichheit fängt in den Köpfen an. In dem Moment, wo sich die Menschen unvoreingenommen begegnen, ist auch Chancengleichheit möglich, aber vorher – da bin ich relativ pessimistisch – wird nicht viel passieren.

Burak Copur Es ist sowohl wichtig, sich mit dem Land zu identifizieren, mit der Geschichte und mit der Kultur, sich mit dem Land auseinanderzusetzen, als auch vor Ort die Menschen mitzunehmen. Ich will die Stadt Essen als Beispiel nehmen. Essen hat mehrere Auszeichnungen und Preise erhalten, zum Beispiel den Landespräventionspreis des Innenministers, den Bundespreis für soziale Stadt 2006. Aus den Erfahrungen dort lassen sich drei wichtige Punkte für die kommunale Integrationspolitik formulieren: Erstens, die Kommune sollte ein interkulturelles Leitbild entwickeln und die Integration als Querschnittsaufgabe definieren, und der Oberbürgermeister einer Stadt sollte sich das zur Chefsache machen. Zweitens ist die Einbeziehung und Vernetzung der städtischen Akteure sehr wichtig; das heißt, die Teilhabe von Migranten auf der einen Seite und die Einbeziehung aller Akteure, Stadt, Polizei, zu einem Netzwerk. Und der dritte Punkt ist die Bildungsförderung, dass man also in sozialen Brennpunkten den Mittel- und Personaleinsatz erhöht. Hier gilt für mich das Motto «Ungleich auch ungleich behandeln». Wenn in einer Stadt soziale Brennpunkte und Problemzonen existieren, dann sollte man dort auch kommunalpolitisch mit mehr Mitteln und Personal herangehen. Wir haben in Essen, was die Kriminalprävention angeht, eine hervorragende Netzwerkarbeit geschaffen, mit der Stadt, der Polizei, mit Moscheen, die eine große Rolle spielen.

Übrigens, manche Moscheen tragen zum friedlichen Zusammenleben bei und manche nicht. Das muss man unterscheiden. Wir hatten bis vor einigen Jahren eine exorbitant hohe Zahl von jugendlichen Intensivstraftätern arabischer Herkunft. Die haben den ganzen Stadtteil verrückt gemacht und auch die Einwohner eingeschüchtert und richtig Rabatz gemacht. Wir haben Unterstützung durch den Imam bekommen, der Gespräche mit den Eltern geführt und versucht hat, bei Massenschlägereien zu beschwichtigen und zu vermitteln. Wir haben auch interkulturelle Konfliktvermittler eingesetzt, die zweisprachig sind, arabisch, türkisch, die quasi wie eine Feuerwehr gearbeitet haben. Wenn es in Essen ein Problem, eine Massenschlägerei gibt, dann gibt es eine Nummer, die ruft man an, und dann rücken Konfliktvermittler an und versuchen, solche Krawalle zu unterbinden.

Aus dem Publikum Wir müssen auch mal über den Karneval reden. Wir haben in Kreuzberg den Karneval der Kulturen. Das sind viele tausend Beteiligte, die im Prinzip, wenn der eine Karneval vorbei ist, schon anfangen, den nächsten vorzubereiten, um sich und ihre Kultur zu präsentieren und Spaß zu haben mit allen anderen.

Ich will Probleme nicht wegreden, aber wir sollten auch an die Dinge erinnern, die gut laufen.

Aus dem Publikum Ich finde, die Ansätze, die genannt wurden, sehr gut. Aber wir können nicht so tun, als gäbe es da nicht auch noch eine ganz elementare sozioökonomische Basis, die verbessert werden muss. Es reicht nicht, quartierspezifisch die Bevölkerung an diesem oder jenem zu beteiligen.

Carsten Keller Zur Rolle der Medien: Sie bauschen die Zahlen gerne auf. Das ist hier so, und das ist in Frankreich so. Der überwiegende Teil der Problemviertel und der französischen Banlieues ist ruhig; es werden gewissermaßen die Extrembeispiele hervorgehoben. Es gibt auch einige Quartiere in Deutschland, die sehr viel problematischer als viele Banlieues sind. Eine Tendenz in Europa ist beunruhigend: der sozialpolitische Rückzug, dass man also Hilfen für zunehmend diskriminierte Gruppen zurücknimmt und den Druck erhöht. Man muss sich klar machen, die Konflikte entzündeten sich immer an den staatlichen Institutionen, und deswegen ist die Politik ein ganz entscheidender Auslöser.

Uwe-Jens Walther Noch mal zurück zur «Integrationsmaschine Stadt». Wenn dieser Motor ins Stottern gerät, dann liegt es vor allem auch am Arbeitsmarkt bzw. an der Frage der Integration in den Arbeitsmarkt. Zwanzig Prozent fallen aus den Transfer-systemen, und das sind vor allem die Jugendlichen. Im Vergleich zu Frankreich ist das noch vergleichsweise wenig, und auch die räumliche Konzentration von arbeitslosen Jugendlichen, gerade mit Migrationshintergrund, ist auch relativ gering; aber die Dynamik ist da. Und deswegen ist es so wichtig, dass in den Programmen, die räumlich konzentriert anpacken, tatsächlich auch ökonomische Mechanismen mit drin sind. Wir haben ein eigentlich wunderbares Programm und das heißt «Soziale Stadt». Das ist deswegen wunderbar geeignet, weil es sich räumlich genau auf solche Gebiete konzentriert, wo wir hohe Konzentrationen solcher Probleme haben. Aber die wichtigsten Partner sind manchmal gar nicht dabei: nämlich die Arbeitsverwaltung mit ihrem vielen Geld für Qualifizierung und Integrationsmaßnahmen. Das muss sich ändern.

Filiz Genc Die Unruhen im Berliner Wrangelkiez sind nicht deswegen entstanden, weil Zwölfjährige festgenommen worden sind, die MP3-Player geklaut haben, sondern weil ein junger Erwachsener mit Migrationshintergrund versucht hat, den Streit zu schlichten. Er ist zu den Polizeibeamten gegangen und meinte: Mensch, ihr müsst doch jetzt die beiden Jungs nicht verhaften, der Onkel sitzt hier zwei Blöcke weiter, lasst den doch holen, und dann kann man das vielleicht regeln. Daraufhin meinten die Polizisten, er solle doch bitte in sein Land zurückkehren, wo er herkomme. Erst daraufhin haben sich die Jugendlichen mobilisiert. Das Schlimme war halt, dass er dann auch mit festgenommen worden ist. Und während der Fahrt zur Wache wurde dieser Junge misshandelt. Als er aus der Polizeistelle wieder rauskam, trug er eine Halskrause, hatte ein blaues Auge und war nicht mehr wiederzuerkennen. Daraufhin wollten die Jugendlichen ein Zeichen setzen. Es kann nicht sein, dass ein Jugendlicher, der einen Streit schlichten will, derart behandelt wird. Wenn die Medien das so nicht wiedergeben, sondern das Bild der bösen türkischen

Jungen da hinstellen, dann kann es natürlich passieren, dass es irgendwann französische Zustände gibt.

Burak Copur Was mir Hoffnung macht, ist die demografische Entwicklung. Wir werden so oder so eine buntere Gesellschaft. Und die Begriffe, wie Mehrheiten- und Minderheitengesellschaft, die werden sich auch in Zukunft ändern. Im Ruhrgebiet wird im Jahre 2010 jeder zweite Jugendliche einen Migrationshintergrund haben. Die Migranten von heute werden somit die Deutschen von morgen. Diese Entwicklung wird auch die Politik zum Umdenken bringen. Man kann natürlich auch die Innenpolitik weiter militarisieren, auf die Probleme mit Repression reagieren. Aber, um das zum Abschluss zu bringen, möchte ich enden mit Richard Florida, der das bekannte Buch *The Rise Of The Creative Class* veröffentlicht hat. Er hat nämlich gesagt: «Für erfolgreiche Länder sind drei Prinzipien ausschlaggebend: erstens Technologie, zweitens Talente und drittens Toleranz.» Und Talente gehen nur dort hin, wo es tolerant ist, und ich hoffe, dass Deutschland ein tolerantes und weltoffenes Land bleibt und die Talente dann auch zu uns kommen.

DIE REFERENTINNEN UND REFERENTEN

Bernard Bensoussan ist Gründer und Leiter der Agentur «Voix publiques» («Öffentliche Stimmen»). Als Berater für öffentliche und institutionelle Kommunikation unterstützt Bensoussan öffentliche Träger bei der Kommunikation und der partizipatorischen Ausgestaltung von Planungsvorhaben. Parallel begleitet er die Arbeit der Organisation «Ville et Banlieue», ein Zusammenschluss der Bürgermeister französischer Vorstädte. Zwischen 1991 und 2001 war er Dozent am Institut d'Etudes Politiques de Paris (IEP).

Prof. Ted Cattle ist der Vorsitzende des Community Cohesion Institute. Er ist ebenso Associate Director der Improvement and Development Agency für Kommunalpolitik. Nach den Unruhen im Jahr 2001 in Großbritannien erhielt er den Auftrag, die Gründe für die Unruhen zu untersuchen. Der im selben Jahr publizierte Cattle-Report gab schließlich 70 Empfehlungen, um die Situationen in den betroffenen Gebieten zu verbessern. Cattle verfügt über langjährige praktische Erfahrungen in und mit städtischen Verwaltungen.

Burak Copur ist Vorsitzender des Ausschusses für Zuwanderung und Integration der Stadt Essen. Seit 2004 Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Essen, migrationspolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion. Außerdem arbeitet er seit 2004 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Zuvor hatte er Sozialwissenschaften und Pädagogik auf Lehramt studiert.

Sabine Drewes ist Referentin für Kommunalpolitik und Stadtentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung. Zuvor war die Politologin als freiberufliche Journalistin und Referentin für Publizistik bei «Grüne/Alternative in den Räten Nordrhein-Westfalens» (GAR-NRW) tätig.

Oliver Frey ist Dipl.-Ing. der Stadt- und Regionalplanung und Mag. der Soziologie, er arbeitet seit 2000 als Universitätsassistent im Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Soziologie an der Technischen Universität Wien. Er ist Promotions-Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung.

Filiz Genc studiert Turkologie und Erziehungswissenschaften an der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet als Honorarkraft bei Gangway e.V., einem Verein für Straßensozialarbeit. Sie leitet dort gemeinsam mit einer Sozialarbeiterin ein Projekt mit lateinamerikanischen Jugendlichen.

Samira Guerrouj ist stellvertretende Vorsitzende des Kollektivs AC LE FEU; hauptamtlich ist sie als Einzelfallhelferin für jugendliche Straftäter in Seine-Saint-Denis und

als Beraterin bei einem Träger für berufliche Eingliederung Jugendlicher «in Schwierigkeiten» tätig. Sie lebt in Clichy-sous-Bois.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann ist Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Mitbegründer und Sprecher des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung.

Dr. Carsten Keller ist Forscher am Centre Marc Bloch. Außerdem ist er Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität. Seine Forschungsschwerpunkte bestehen in der Stadtsoziologie sowie der Armuts- und Migrationsforschung.

Zohra Khaku ist Mitarbeiterin der Muslim Youth Helpline. Sie ist Mitherausgeberin der Youth Matters, einem Forschungsbericht zu den Meinungen und Wertorientierungen muslimischer Jugendlicher in Großbritannien.

Dr. Engelbert Lütke Daldrup ist Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und u. a. zuständig für Aufbau Ost, Raumentwicklung und Strukturpolitik, Städtebau und Wohnungswesen. Von 2001 bis 2005 war er stellvertretender Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetages.

Mohamed Mechmache ist Präsident und Gründungsmitglied des Kollektivs AC LE FEU. Er engagiert sich seit 20 Jahren im «sozialen Sektor» und arbeitet als Erzieher in städtischen Problemquartieren, speziell in Projekten für Familien und Jugendliche in prekären Lebensverhältnissen.

Cem Özdemir ist seit 2004 Abgeordneter des Europäischen Parlaments (Die Grünen/Freie Europäische Allianz). Er ist Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Seine politischen Aufgabengebiete und Interessen umfassen vor allem das Verhältnis EU – Türkei, die deutsche und europäische Migrations- und Integrationspolitik sowie Islam in Deutschland und Europa. Cem Özdemir ist Erzieher. 1994 wurde Özdemir als erster Abgeordneter türkischer Herkunft für Bündnis 90/Die Grünen in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er zwei Legislaturperioden lang angehörte.

Francois Puppioni ist Bürgermeister von Sarcelles. Mitglied der Parti Socialiste seit 1981. Seit 1997 Bürgermeister von Sarcelles, Départements Val d'Oise.

Mike Waite ist Leiter der Abteilung «Community Engagement and Cohesion» bei der Stadtverwaltung von Burnley, England. Er ist Ko-Autor des Buchs *Burnley 2006: The Real Story*, das zahlreiche Möglichkeiten benennt, wie man den Zusammenhalt eines Gemeinwesens stärkt und Rassismus und gesellschaftliche Teilung verhindert.

Prof. Dr. Uwe-Jens Walther ist Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Technischen Universität Berlin, Institut für Soziologie. Von 1986-2000 war er Projektleiter an der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn-Bad Godesberg (jetzt: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBR). Zuvor war

er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Oldenburg und der Universität Bremen. Walther hat sich in letzter Zeit verstärkt mit sozial-ethnischer Segregation in Städten befasst.

Hugh Williamson ist Journalist für die *Financial Times* in Berlin.

KONTAKTADRESSEN

■ Heinrich-Böll-Stiftung

Referat Kommunalpolitik und Stadtentwicklung

Sabine Drewes

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel.: 030 28534-247

E-Mail: drewes@boell.de

■ Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung

Humboldt Universität zu Berlin

Prof. Dr. Hartmut Häußermann

Universitätsstraße 3b

10117 Berlin

Postanschrift: Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Tel.: 030 2093-4208

E-Mail: hartmut.haeussermann@sowi.hu-berlin.de

■ British Council Germany

Guido Jansen

Alexanderplatz 1

10178 Berlin

Tel.: 030311099-47

E-Mail: guido.jansen@britishcouncil.de



Soziale Deklassierung, ethnisch-kulturelle Diskriminierung, politische Marginalisierung und räumliche Isolation verbinden sich für viele Menschen in den Großstädten Europas zu einem Leben am Rande der Gesellschaft. In Frankreich ist das räumliche Draußen so sehr mit dem sozialen Draußen verbunden, dass es immer wieder zu Unruhen von Jugendlichen in den Banlieues kommt. Großbritannien scheint bei der Gleichstellung von Immigranten weiter fortgeschritten zu sein, aber seit den «Riots» von Bradford, Burnley und Oldham im Jahre 2001 und den Terroranschlägen und Anschlagversuchen der letzten Jahre wurde deutlich, dass es trotz liberalen Staatsbür-

gerrechts noch zu wenig Gemeinsamkeit gibt. Und auch in Deutschland verbinden sich soziale Ausgrenzung, das Agieren der Polizei und ethnisch geprägte Jugendkulturen immer öfter zu explosiven Mischungen. Welche Rolle spielen Städtebau und Stadtstruktur für Integration oder Segregation von ethnischen Minderheiten? Welche Konsequenzen haben die jeweiligen Städte und Regierungen aus den Unruhen gezogen? Können wir daraus lernen, gibt es auch Beispiele dafür, was man besser nicht machen sollte? So lauteten die Schlüsselfragen der Konferenz «Banlieue Europa», die hier dokumentiert wird.

Heinrich-Böll-Stiftung

Die grüne politische Stiftung Hackesche Höfe, Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin
Telefon 030 2853.40 info@boell.de www.boell.de

ISBN 978-3-927760-73-8